

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A) Ich rufe die Tagesordnungspunkte 4 und 32 auf:
- 4 Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundesminister des Auswärtigen

zu den Ergebnissen des Europäischen Rats am 11./12. Dezember 2008

- 32 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (21. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Diether Dehm, Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Das Ratifizierungsverfahren zum Vertrag von Lissabon aussetzen – Ein Sozialprotokoll vereinbaren

– Drucksachen 16/8879, 16/10832 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Michael Stübgen
Michael Roth (Heringen)
Markus Löning
Dr. Diether Dehm
Rainer Steenblock

Zu der Regierungserklärung liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung 90 Minuten vorgesehen. – Auch dazu kann ich Einvernehmen feststellen. Dann können wir so verfahren.

- (B) Ich erteile das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung dem Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Hinter uns liegen in der Tat bewegte Monate. Unter der französischen Ratspräsidentschaft hatte Europa ganz außerordentliche Belastungen und Bewährungsproben zu bestehen. Ich glaube, wir dürfen heute mit Genugtuung und auch mit etwas Erleichterung sagen: Europa hat sich all diesen Krisen wirklich gewachsen gezeigt. „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch“, wurde Hölderlin am vergangenen Wochenende in einer großen deutschen Tageszeitung zitiert. Das hätte nicht gereicht, sage ich. Als es darauf ankam, haben wir als Europäer gemeinsam gehandelt. Wir haben einig und vor allen Dingen wirklich gehandelt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die Europäische Union hat die Waffen zum Schweigen gebracht, als im Sommer im Südkaukasus, gleich in unserer Nachbarschaft, der Krieg ausgebrochen war. Die EU hat eine neue Finanzarchitektur auf die internationale Tagesordnung gesetzt. Das war eine schnelle Reak-

tion auf die historische Krise auf den weltweiten Finanzmärkten. (C)

In der vergangenen Woche – darüber diskutieren wir heute – hat sich die Europäische Union auf dem Europäischen Rat auf sehr konkrete **zukunftsweisende Entscheidungen** verständigt: erstens auf ein Konjunkturpaket von 200 Milliarden Euro, das ein deutliches Signal an die Wirtschaft bedeutet, zweitens auf einen zukunftsweisenden Durchbruch in der Klimapolitik mit – hoffentlich – Signalwirkung für unsere Partner weltweit, drittens auf ein eindeutiges Bekenntnis zum Vertrag von Lissabon, der Ende 2009 in Kraft treten soll.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist eine gute Bilanz in wahrhaft schwieriger Zeit; darüber bin ich froh. Sie straft Gott sei Dank all jene Lügen, die der Europäischen Union schon wieder eine Eurosklerose bescheinigen wollten. Stattdessen haben sich in Europa die alten europäischen Tugenden – Berechenbarkeit, Nachhaltigkeit, auch Solidarität – erneut bewährt und Europa wieder handlungsfähig gemacht. Ich darf Ihnen sagen: Ohne die mutige Führung der französischen Ratspräsidentschaft wäre das nicht möglich gewesen. Unseren französischen Freunden sagen wir deshalb an dieser Stelle Dank für die Arbeit in schwierigstem Gelände. Ich finde, das verdient auch Anerkennung in diesem Hohen Hause.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Meine Damen und Herren, vom Europäischen Rat am 11. und 12. Dezember geht eine klare Botschaft aus. Mit der Verständigung auf ein **europäisches Programm** zur Belebung der Konjunktur hat Europa sich seiner Verantwortung für Wachstum und Beschäftigung gestellt. Wir haben früh darauf hingewiesen: Diese Verantwortung liegt bei den Mitgliedstaaten, aber gleichzeitig auch auf der europäischen Ebene. Das gehört zur Logik eines offenen europäischen Binnenmarktes. Abstimmung, Koordinierung und, wo immer möglich, gemeinsames Vorgehen liegen auch im Interesse der Mitgliedstaaten, gerade bei der Bekämpfung der Krise, in der wir uns zurzeit befinden. (D)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Das **Konjunkturprogramm** in der Größenordnung von 1,5 Prozent des EU-weiten Bruttoinlandsproduktes ist aus meiner Sicht ein starkes Signal. Die Botschaft lautet: Die Staaten Europas werden sich gemeinsam mit aller Kraft gegen den Abschwung stemmen und Arbeit erhalten, wo immer das möglich ist. Es ist gut für uns, dass sich alle in Europa darüber einig sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das Brüsseler Konjunkturprogramm enthält auf nationaler und auf europäischer Ebene Instrumente, die sich gegenseitig ergänzen werden und sollen. Ich darf Ihnen nach den Diskussionen der vergangenen Woche sagen: Bei den nationalen Maßnahmen steht Deutsch-

Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier

(A) land in Europa bisher gut da. Noch nicht einmal die Hälfte der Mitgliedstaaten hat vergleichbare Maßnahmenpakete, wie wir sie in diesem Hohen Hause in den vergangenen Wochen beschlossen und verabschiedet haben, auf den Weg gebracht. Gleichwohl – das ist verständlich angesichts der Wirtschaftsdaten, denen wir entgegensehen – tobt natürlich auch in Deutschland eine Debatte darüber, ob in der Krise genügend nationale Gegenwehr gegeben ist. Die Zahl der Vorschläge – Sie erkennen das auch – wird nach und nach unüberschaubarer.

Wir wissen, meine Damen und Herren, wenn Konjunktur und Beschäftigung massiv einbrechen, dann werden wir gegebenenfalls neu entscheiden müssen, um Arbeitsplätze zu schützen und Jobs zu erhalten. Wir werden dabei kraftvoll und – so darf ich Ihnen versprechen – auch überlegt handeln. Wir werden wirksame Maßnahmen ergreifen, die konkret und langfristig zugleich sind. Darauf kommt es nämlich an.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wirksam können Konjunkturprogramme nur dann sein, wenn wir in Europa gemeinsam handeln, wenn Europa und die Mitgliedstaaten der Europäischen Union in dieselbe Richtung marschieren. Ich glaube, dass wir nur so eine Konjunkturkrise wirklich abfedern können. Deshalb müssen wir in Europa ein Dreifaches gemeinsam tun: Beschäftigung sichern, Infrastruktur ausbauen und Zukunftstechnologien fördern. Das Programm, das wir gerade in Brüssel beschlossen haben, greift viele unserer Vorschläge auf. Ich finde, das ist keine schlechte Auszeichnung für uns in Deutschland.

(B)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ein wichtiger Punkt für mich ist: Wir müssen stärker in **Energieeffizienz** und auch in die Zukunftsfähigkeit der ländlichen Gebiete investieren. Wir dürfen diese Gebiete nicht abhängen, auch nicht bei uns in Deutschland. Wir brauchen auch im ländlichen Raum eine technische Infrastruktur. **Breitbandnetze** sind Lebensadern für Modernisierung, Wachstum und Innovation in den ländlichen Räumen. Sie wissen aus Ihren Wahlkreisen, dass das Vorhandensein von Breitbandnetzen mittlerweile auch ein Gesichtspunkt für mögliche Ansiedlungen ist. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir das auch von europäischer Ebene aus auf den Weg bringen, dass wir bürokratische Hemmnisse beseitigen und dass wir den Ausbau auch fördern.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ein zweiter Punkt, den ich herausstellen möchte, ist die Ausweitung der **Kredite der Europäischen Investitionsbank** zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen. Auch das hatten wir von deutscher Seite bereits früher angeregt. In letzter Zeit haben wir auch in Deutschland oft gehört, dass Kredite so etwas wie der Blutkreislauf der Wirtschaft sind. Das ist ein gutes Bild. Wenn dies zutrifft, dann brauchen viele Betriebe gerade jetzt in der Krise eine Blutzufuhr, damit sie innovativ bleiben. Wir dürfen den Kreislaufkollaps nicht zulassen. Ich finde, die europäischen Beschlüsse, aus denen ich

gerade zitiert habe, sind eine gute Hilfe, um genau dies zu verhindern. Deshalb sind es gute Beschlüsse. (C)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Mehr Investitionen und Beschäftigung versprechen wir uns im Übrigen auch von einfacheren **Beihilfe- und Ausschreibungsverfahren**. Bisher werden Beihilfen erst ab einem Betrag von 500 000 Euro geprüft. Das bedeutet mehr Planungssicherheit für viele Vorhaben, die in dem Umfang bisher nicht gegeben war. Hinzu kommt, dass die Ausschreibungsfrist bei Großprojekten von derzeit 87 auf künftig 30 Tage verkürzt wird. Auch damit gewinnen Unternehmen wertvolle Zeit. Deshalb ist dies ein guter Beschluss aus der vergangenen Woche.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Nicht zuletzt werden auch der **Europäische Sozialfonds** und andere europäische Instrumente – wie wir es gefordert haben – noch einmal daraufhin durchforstet, wie Beschäftigung gesichert und wie die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt gefördert werden kann. Eine der Lösungen, die wir im Vorfeld diskutiert haben, war: Wenn kleine Unternehmen einen Arbeitslosen einstellen, dann können künftig Lohnnebenkosten unter Zurückgreifen auf europäische Mittel – auch ESF-Mittel – befristet übernommen werden. Ich finde, wenn Europa für die Menschen Gestalt annehmen soll, dann müssen wir an solchen lebensnahen Lösungen mehr arbeiten als bisher. Davon werden wir alle profitieren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Alle diese Maßnahmen entsprechen einer Prämisse, die wir auch für uns gelten lassen: Vorfahrt für Arbeit. Darum geht es uns. Das müssen wir auf der nationalen und der europäischen Ebene umsetzen, damit wir die Rezession so gut wie nur irgend möglich abpuffern. Ich habe an anderer Stelle gesagt: 2009 darf kein Jahr der Entlassungen werden. Das müssen wir mit unseren Möglichkeiten so gut wie möglich verhindern. (D)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die Beschlüsse des Europäischen Rates – auch das haben Sie gesehen – geben den nationalen Mitgliedstaaten Möglichkeiten, je nach den unterschiedlichen Bedingungen ergänzende, weiter gehende Maßnahmen zu ergreifen. Man kann – das ist mittlerweile Allgemeingut – die Mitgliedstaaten der EU nicht über einen Kamm scheren. Die Volkswirtschaften haben eine unterschiedliche Struktur, und von dieser Vielfalt haben wir in Europa sogar ganz gut gelebt. Was zur Bewältigung der Krise etwa in der britischen Dienstleistungs- und Finanzdienstleistungswirtschaft hilft, das muss noch keine Hilfe für eine aus guten Gründen nach wie vor – wir sind froh darüber – industriell geprägte deutsche Volkswirtschaft sein. Deshalb war es klug, dass wir nicht alles über einen Kamm geschert haben, uns nicht auf einige wenige Instrumente verständigt haben, sondern weiterhin von der Anwendung eines Instrumentenkastens ausgehen.

Wo einheitliches Handeln nicht zwingend und sogar untauglich ist, da stimmen wir uns über den Rahmen nationalen Handelns gemeinsam ab. Das haben wir in der

Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier

- (A) vergangenen Woche getan; das werden wir auch in Zukunft tun müssen. Warum? Weil zu dem Rahmen für nationales Handeln weiterhin natürlich auch zum Beispiel der **Stabilitäts- und Wachstumspakt** gehört. Wir haben uns in Brüssel vonseiten der deutschen Regierung dafür starkgemacht, dass dieser Pakt nicht komplett unterlaufen und nicht gänzlich ausgehebelt wird. Dieser Pakt bietet nämlich auch für die kommende Zeit Flexibilität. Er erlaubt, wie Sie wissen, ein zeitlich befristetes Überschreiten der 3-Prozent-Verschuldungsgrenze. Klar ist aber auch – auch das ist enthalten –: Alle sind gehalten, die Verschuldung unverzüglich zurückzuführen und für ausgeglichene Haushalte zu sorgen, sobald der nächste Aufschwung beginnt. Dabei bleibt es.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das zweite große Thema neben der Finanz- und Wirtschaftskrise beim Gipfel war natürlich das **Klimapakete**. Auch bei der Klimakonferenz in Posen oder anderswo – überall zweifelte man, ob die Europäische Union ihre ehrgeizigen Klimaschutzziele bei der ersten Gelegenheit, wenn es denn passt, gleich wieder in die europäische Schublade zurücklegt. Es klingt in der Tat nicht ganz mutlos, was wir uns vorgenommen haben. Bis 2020 wollen wir in Europa 20 Prozent weniger Treibhausgase als 1990 haben. Wir wollen den Anteil der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch auf 20 Prozent steigern.

Dann gab es tatsächlich welche – Unternehmen, Staaten und auch manche aus der Politik, wie ich Ihnen sagen kann –, die natürlich die Gunst der Stunde nutzen und den Klimaschutz von den vorderen Rängen der politischen Tagesordnung – auch der internationalen Tagesordnung – herunterziehen und von dort verdrängen wollten. Ich sage Ihnen offen: Auch aus meiner Sicht lag in den letzten Wochen vor dem Gipfel die Verschiebung des gesamten Paketes manchmal näher als die Möglichkeit, sich noch vor Weihnachten auf einen gemeinsamen Kompromiss zu verständigen.

Nach diesem Gipfel können wir aber sagen: Die EU hat Wort gehalten. Wir haben die Ziele bekräftigt und die Last konkret und verbindlich auf die EU-Staaten aufgeteilt. Ich finde, die Eckpunkte dieser Verständigung, die ich Ihnen jetzt vortragen werde, zeigen das knapp, aber auch ebenso klar:

Erstens. Wir werden einen gemeinsamen **europäischen Emissionshandel** einführen, der die bis dahin bestehenden nationalen Regelungen ablöst. Alle energieintensiven Unternehmen in Europa bekommen jetzt endlich – das war notwendig – gleiche Wettbewerbsbedingungen.

Zweitens. Kraftwerke, auch energieintensive Industriebetriebe dürfen jedes Jahr weniger Treibhausgase ausstoßen. Bis 2020 sinkt die Obergrenze schrittweise um 21 Prozent gegenüber 2005.

Drittens. Grundsätzlich bekommt kein Energieerzeuger in Europa Emissionsrechte geschenkt. Nur manchen Ländern in Osteuropa werden Übergangsregelungen eingeräumt, weil sie fast komplett von Strom aus alten Kohlekraftwerken abhängen.

- (C) Viertens. Auch beim Ausbau der erneuerbaren Energien haben sich die europäischen Mitgliedstaaten auf dem Rat zu verbindlichen Zielen verpflichtet. Wir Deutsche wollen bis 2020 18 Prozent der Energie aus erneuerbaren Energiequellen erzeugen. 2005 waren es noch 5,8 Prozent. Auf diesem Gebiet wartet viel Arbeit und vor allen Dingen viel kluge Politik auf uns. Die wollen wir miteinander machen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Diese vier Punkte, die ich Ihnen kurz vorgetragen habe, sind aus meiner Sicht unter Klimaschutzgesichtspunkten ganz wichtige Schritte nach vorn. Zum ersten Mal werden in einem wirklich großen Wirtschaftsraum Ziele und Deklarationen, die bisher unverbindlich waren, in Regelungen und Maßnahmen umgesetzt. Das ist ein Erfolg, den wir hier im Hause und möglichst auch außerhalb dieses Hauses nicht kleinreden sollten. Das ist ein Erfolg.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich darf hinzufügen, dass damit den Erwartungen Rechnung getragen wurde, die uns der Umweltausschuss des Deutschen Bundestages im Mai 2008 vorgetragen hat. Der Bundesumweltminister hat das in der gestrigen Sitzung des Umweltausschusses, wie ich gehört habe, ausführlich und überzeugend dargestellt. Ich danke ihm dafür.

(Beifall bei der SPD)

- (D) Das Ergebnis beweist, dass man Klimaschutz und Arbeitsplatzschutz nicht gegeneinander ausspielen muss, sondern dass es sinnvolle Verknüpfungen gibt. Ich sage hier ganz klar: Wer eine breite Akzeptanz für den Klimaschutz will, der darf diese notwendige Anstrengung nicht auf dem Rücken von Arbeitnehmern durchsetzen. Nach dieser Überzeugung haben wir – ich zähle auf Ihr Verständnis – auch auf diesem EU-Gipfel gehandelt.

Zur Wahrheit gehört auch, dass Deutschland ein starkes Industrieland bleiben muss. Wir brauchen produzierende Betriebe. Mit Dienstleistungen allein – das wissen Sie – können wir unseren Wohlstand nicht sichern. Deshalb – das ist der Grund, meine Damen und Herren – haben wir Regeln vereinbart, die die **energieintensiven Betriebe** in Deutschland wettbewerbsfähig halten und nicht aus dem Land treiben. Das ist für mich und für die gesamte Bundesregierung verantwortungsvolle Politik. Dafür stehen wir. Dafür haben wir auch in Brüssel gestanden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir kommen an den schwierigen Themen nicht vorbei; ich weiß das. Die **Kohlekraft** gehört dazu. Ich glaube aber, dass wir nur dann Standards setzen und in den noch problematischeren Regionen der Welt Vorbild bleiben können, wenn wir eine verantwortungsvolle Politik machen. Mit einem Verbot von Kohlekraftwerken, das manche fordern, werden wir in China niemanden überzeugen.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Deswegen subventionieren wir sie ja auch!)

Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier

- (A) Wir werden eher Kopfschütteln hervorrufen, Herr Kuhn. Wenn Kohlekraft weltweit genutzt wird – das wird auf Sicht in vielen Regionen dieser Welt so sein –, dann dürfen gerade wir als Technologietreiber – hören Sie ruhig zu – uns nicht aus der Verantwortung stellen. Ein gutes Gewissen, das manche sich davon versprechen, macht noch kein gutes Klima. Deswegen war das, glaube ich, ein richtiger Kompromiss.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Mit Blick auf manche Debatten, die uns bei den Verhandlungen in Brüssel begleitet haben, muss ich sagen: Ich verstehe manches von dem, was an Vorwürfen öffentlich gehandelt worden ist, nicht. Wie kann man denn glauben, dass eine solche Debatte, die wir in Brüssel geführt haben, in einem völlig luftleeren Raum stattfindet? Wenn dort Regierungschefs aus 27 Staaten zusammensitzen, sprechen sie natürlich auch über alles andere, was uns gegenwärtig plagt und umgibt: über die wirtschaftliche Situation und auch über die Sicherung von Arbeitsplätzen. Was soll also der Vorwurf, dass das bei der Diskussion über Klimafragen eine Rolle spielt?

Entscheidend nach diesem Gipfel ist, dass Europa trotz dieser Diskussion – wir haben einen guten Kompromiss erzielt – weiterhin **Vorreiter beim Klimaschutz** bleibt. Die EU kann im nächsten Jahr die Verhandlungen über das Nachfolgeabkommen zum Kioto-Protokoll glaubwürdig beginnen. Ich sage Ihnen auch: Wir freuen uns über einen amerikanischen Präsidenten, der dem globalen Kampf gegen Erderwärmung einen wirklich neuen Schub gibt.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

– Sie haben jetzt eine Sekunde zu früh geklatscht; ich wollte noch einen Satz hinzufügen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Wir klatschen gern noch einmal!)

Ich verfolge im Augenblick die inneramerikanische Diskussion. Die USA wollen – vorausgesetzt, Obama setzt sich mit seinen Vorstellungen durch – eine CO₂-Reduzierung, eine Reduzierung der Treibhausgase auf den Stand von 1990 erreichen. Das ist vor dem Hintergrund der amerikanischen Diskussion sehr ehrgeizig; aber wir in Europa wollen weiter. Deshalb sage ich: Wir müssen uns angesichts dessen, was in Brüssel erreicht und bestätigt worden ist, nicht verstecken. Die Ziele bleiben. Wir sind aber weiter, weil wir sie jetzt mit Maßnahmen und konkreten Verabredungen unterlegt haben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ob im Kampf gegen die Rezession oder beim Klimaschutz – überall zeigt sich, dass wir in Europa gemeinsam mehr schaffen als jeder für sich allein. Aber Politik ist eben auch Organisation. Da haben manche recht und viele Erfahrung. Deshalb müssen wir Europas Handlungsfähigkeit auf Dauer sichern. Dafür steht der **Vertrag von Lissabon**, für den wir alle gemeinsam gekämpft haben. Ich glaube, wir haben beim Europäischen Rat einen Weg gefunden, wie der Vertrag im nächsten

Jahr hoffentlich doch noch in Kraft treten kann. Das war nur möglich, weil die irische Regierung Mut gezeigt und ein weiteres Referendum im nächsten Jahr in Aussicht gestellt hat. Dies begrüße ich in der Tat sehr.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir jedenfalls wollen diesen Vertrag. Deshalb sind wir trotz mancher Kritik bereit, Irland entgegenzukommen. Wir werden das Prinzip „Ein Land – ein EU-Kommissar“ nicht im Jahre 2014 abschaffen. Das ist in der Tat eine bedeutsame Konzession, die uns nicht einfach gefallen ist. Aber wir sagen: Der Vertrag selbst muss in Kraft treten, und zwar wie geplant. Das heißt, Nachverhandlungen über den Vertrag darf es nicht geben. Das ist gesichert. Ich bin froh darüber, dass der Weg zur Ratifizierung jetzt auch in Irland beschritten wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich komme zum Schluss. Frieden in Europa gibt es nur, wenn auch Frieden um Europa herum herrscht. Wie schnell Situationen eskalieren, haben wir gerade in diesem Jahr mit einigem Schrecken im südlichen Kaukasus erlebt. Wir in Europa arbeiten gemeinsam dafür, dass sich diese oder ähnliche Situationen nicht wiederholen. Darum wollen wir Stabilität und Sicherheit in der östlichen Nachbarschaft der Europäischen Union stärken. Das ist eine unserer Antworten auf die Georgien-Krise. Das ist gelebte praktische Verantwortung. Das ist, wenn Sie so wollen, nachhaltige Politik im Bereich der Außenpolitik.

(D)

Konkret heißt das: Wir werden im März 2009 die europäische Nachbarschaftspolitik durch eine **östliche Partnerschaft** stärken. Erste Vorschläge dazu haben wir gemacht. Sie wurden von den Polen und Schweden aufgegriffen und sind in ein Konzept der Europäischen Kommission eingeflossen. Diese östliche Partnerschaft umfasst die Ukraine, Moldau und die Staaten des südlichen Kaukasus. Wenn sich die Entwicklung in Weißrussland positiv fortsetzt – ein paar Anzeichen dafür waren in den letzten Wochen zu sehen –, dann wird auch Weißrussland zu dieser östlichen Partnerschaftspolitik dazugehören können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die tschechische Präsidentschaft wird dies zu einem Schwerpunkt ihres Vorsitzes machen. Der tschechische Außenminister war gerade erst hier. Ich habe ihm versprochen, dass wir diesen Schwerpunkt von deutscher Seite aus nach Kräften unterstützen wollen.

Meine Damen und Herren, nächstes Jahr wird für die Europäische Union ein wichtiges Jahr, nicht nur, weil Europawahlen anstehen. Vor uns liegt eine Zeit der Veränderungen. Wir haben jetzt die Chance, auf die Globalisierung der Märkte mit kluger gemeinsamer Politik die politische Globalisierung folgen zu lassen. Die neue Architektur der Finanzmärkte wird dabei nur ein erster Schritt sein.

Es geht aber auch darum, wie wir die verschobenen Gewichte auf der internationalen Bühne neu austarieren,

Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier

- (A) wie wir möglichst viele Akteure in eine internationale Verantwortungsgemeinschaft einbeziehen und integrieren. Das muss gelingen, und das kann nur gelingen, wenn wir in Europa gerade dabei eine gemeinsame Haltung entwickeln.

Die wichtigste Antwort auf die Globalisierung lautet für unser Land immer noch Europa, nicht nur ein Europa der Märkte, sondern auch ein Europa für alle Menschen, ein Europa, das nicht nur mit feierlichen Erklärungen und Dokumenten glänzt, sondern auch richtige Antworten auf die großen Zukunftsfragen gibt. Der Europäische Rat jedenfalls hat dafür in der vergangenen Woche aus meiner Sicht ein sehr ermutigendes Signal gegeben.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich die Gelegenheit nutzen, auch der Kollegin **Renate Schmidt** herzlich zu ihrem Geburtstag, den sie vor wenigen Tagen begangen hat, zu gratulieren und die guten Wünsche auf diesem Wege noch einmal öffentlich zu bekräftigen. Alles Gute!

(Beifall)

Das Wort erhält nun der Kollege Dr. Werner Hoyer für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

- (B) **Dr. Werner Hoyer (FDP):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Noch vor zwei Monaten, im Zusammenhang mit dem Europäischen Rat im Oktober dieses Jahres, hat die Bundesregierung jede Regierungserklärung verweigert. Dieses Mal haben wir schon zwei Regierungserklärungen gehört: Vor 14 Tagen hat uns die Kanzlerin einen Ausblick auf den letzten Europäischen Rat gegeben, heute durfte der Außenminister zwecks koalitionspolitischer Ausbalancierung einen Rückblick wagen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Oppositionsgemäkel!)

Wir sind froh darüber. Denn das gibt uns die Gelegenheit, Themen zu debattieren, die in Brüssel behandelt worden sind und die weiß Gott sehr, sehr wichtig sind. Die Lage ist in der Tat sehr ernst. Ich bin kein Schwarzmalerei, sondern eher struktureller Optimist; aber ich weiß, dass die Politik ganz leicht Vertrauen verspielen kann, wenn der Eindruck entsteht, es werde Realitätsverweigerung betrieben.

Noch im September dieses Jahres hat die Bundesregierung alle Anzeichen für eine **Finanz- und Wirtschaftskrise** geleugnet, obwohl sich die Rezession schon damals deutlich abzeichnete. Selbst der Begriff „Rezession“ ist noch vor zwei Monaten bestritten worden. Wir können froh sein, dass die Stimmung im Lande zurzeit besser ist als die Lage; das ist übrigens ein Befund, der mit unserem Nationalcharakter eigentlich kaum in Einklang zu bringen ist. Die Konsumnachfrage ist gegenwärtig die Hauptstütze der gesamtwirtschaftli-

chen Nachfrage; auch das ist in Deutschland nicht gerade oft der Fall. (C)

Politik muss über den Tag hinaus denken und vorbereitet sein. Manchmal hat man allerdings den Eindruck, dass der eine Teil der Mannschaft des deutschen Kreuzfahrtschiffes noch auf dem Sonnendeck die Stühle sortiert, während der andere Teil unten bereits schuftet, um die größten Lecks abzudichten. In dieser Situation muss Europa handeln. Europa ist ja ebenso wie der Euro ein Pfund, mit dem wir heute wuchern können, im Gegensatz zur Situation vor 80 Jahren.

Wo aber steht Europa, wo steht die Europäische Union, und wo steht Deutschland in der Europäischen Union? Im Jahre 2009 wird es die EU nicht leicht haben. Die Kommission wird neu zu bestimmen sein; das Parlament wird gewählt; von der tschechischen Präsidentschaft erwarte ich, ehrlich gesagt, nicht unbedingt den ganz großen integrationspolitischen Elan, und die Zukunft des Lissabon-Vertrages steht in den Sternen. Ich hoffe, dass an Ihrem Optimismus bezüglich des zweiten Referendums in Irland mehr als nur Wunschdenken dran ist.

Es wird also ganz besonders auf die Mitgliedstaaten ankommen, und das heißt, ganz besonders auf die größte Volkswirtschaft, also auf Deutschland. Deutschland hat in der Geschichte der Europäischen Union stets die Lokomotive gemacht, und der deutsche Regierungschef war immer im Führerhaus dieser Lokomotive. Aber als sich zur Vorbereitung dieses Gipfels Premier Brown, Staatspräsident Sarkozy und Kommissionspräsident Barroso trafen, war die Bundeskanzlerin 800 Kilometer entfernt. Das ist ein ziemlich unglaublicher Vorgang. (D)

(Beifall bei der FDP)

Gleichzeitig hat es an Belehrungen und Beschimpfungen unserer Partner durch den Bundesfinanzminister nicht gefehlt. So muss man sich nicht wundern, wenn man auf der Bühne der Europapolitik plötzlich im Abseits steht oder sogar die Rolle des Buhmanns zugewiesen bekommt. Zumindest bei unseren Partnern ist der Eindruck eines unsolidarischen und kraftlosen Deutschland entstanden. Die Meinungsführerschaft haben längst andere übernommen.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE])

Dabei stimme ich dem Finanzminister in einigen wesentlichen Punkten ja durchaus zu. Er warnt zum Beispiel davor, Geld zu sehr mit der Gießkanne zu verteilen. Das ist nie gut. Im Gegenteil: Wir sollten uns all denen entgegenstellen, die die Krise nutzen wollen, um endlich den Staatsanteil am Sozialprodukt wieder nach oben zu treiben. Wir sollten uns denen entgegenstellen, die das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes endgültig über Bord gehen lassen wollen, denen, die den Stabilitätspakt sowieso am liebsten loswerden wollen, denen, die der Meinung sind, Politiker und Beamte seien ohnehin die besseren Unternehmer und Banker, oder denen, denen angesichts der großen Krise der ordnungspolitische Kompass völlig abhanden zu kommen droht.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Werner Hoyer

- (A) Nein, ein rationales und entschlossenes Handeln ist sowohl bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen – gewissermaßen der Leitplanken, mit deren Hilfe unsere soziale Marktwirtschaft wieder wetterfest gemacht werden muss –, als auch bei der Bekämpfung der **Nachfrageschwäche** gefragt, die im nächsten Jahr gefährliche Dimensionen annehmen wird.

Schauen wir uns die einzelnen Elemente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage an:

Erstens. Die Auslandsnachfrage wird erheblich in Schwierigkeiten geraten. Das war immer die Stütze der deutschen Konjunktur. Hier besteht die Gefahr, dass die Lehren aus der Krise von vor 80 Jahren eben nicht gezogen werden und den Versuchungen des Protektionismus von einigen wieder nicht widerstanden wird. Hier müssen Berlin und Brüssel ohne Wenn und Aber in der Freihandelsspur bleiben. Niemand würde sonst so viel Schaden wie Deutschland nehmen.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens: Staatsnachfrage. Hier kann und muss der Staat handeln. Entscheidend ist dabei, dass damit zugleich Strukturschwächen entgegengewirkt und Zukunftsperspektiven eröffnet werden. Das heißt, neben der Verbesserung der Infrastruktur – übrigens nicht nur durch Geld, sondern auch durch Bürokratieabbau – geht es insbesondere auch darum, dass in den Bereichen Bildung, Forschung, Wissenschaft und Umwelt geklotzt werden muss.

(Beifall bei der FDP)

- (B) Drittens: Investitionsnachfrage. Hier geht es darum, diese nicht völlig absaufen zu lassen. Das ist nicht gerade leicht, wenn man schon in der Keynes'schen Liquiditätsfalle angekommen ist. Durch die Geldmengensteuerung kann dann nicht mehr viel geholfen werden, vor allem dann nicht, wenn die Banken ihre Liquidität lieber über Nacht bei der Zentralbank parken und sogar Bilanzverkürzung betreiben als Mittelstandskredite zu vergeben.

Ich habe übrigens die Sorge, dass die Volkswirtschaft durchaus auch in Liquidität ersaufen kann. Das heißt, dass man die Liquidität eines Tages auch wieder wird abschöpfen müssen;

(Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]:
Was ist das denn?)

denn sonst wäre es geradezu vorprogrammiert, dass eines Tages auf die jetzt zu befürchtende Deflation später eine schwere Inflation folgen würde.

(Beifall bei der FDP)

Hier zeigt sich, dass es ein Fehler gewesen ist, beim Bankenrettungsschirm nicht alle Institute in die Pflicht zu nehmen. Deswegen bleibt die **steuerliche Entlastung** des Mittelstandes die wichtigste Stellschraube.

(Beifall bei der FDP)

Viertens: Konsumnachfrage. Hier gilt erst recht, dass eine steuerliche Entlastung das Gebot der Stunde ist. Noch wird konsumiert; Weihnachtsstimmung und jetzt

zufließende Lohnerhöhungen tragen dazu bei. Aber vertun wir uns nicht: Anfang des neuen Jahres wird die Sorge um die Arbeitsplätze mehr und mehr um sich greifen, und die Leute werden mit Grausen feststellen, wie viel von dem Mehr an Brutto durch die kalte Progression und die Sozialabgaben weggefressen wird. Mehr Netto vom Brutto ist jetzt das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich kommen Sie jetzt mit dem Argument, dass all das die Verschuldungssituation verschärft. Stimmt! Anfang des nächsten Jahres wird diese Bundesregierung die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts feststellen, um überhaupt verfassungsrechtlich und europarechtlich noch über die Runden zu kommen. Es rächt sich eben jetzt, dass diese Regierung der Großen Koalition in ihren vier Jahren trotz 160 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen, also in den fetten Jahren, nichts auf die hohe Kante gelegt, sondern die Staatsverschuldung noch erhöht hat.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen kann es nicht sein, dass die Bundesregierung zögerlich handelt, dass sie die Abfolge ihrer Maßnahmen von wahltaktischen Erwägungen abhängig macht. Sie handelt nicht dann, wenn es erforderlich ist, sondern dann, wenn es wahltaktisch passt. Das ist unverantwortlich. Schnelle, breit angelegte Steuerentlastungen vor allem für kleinere und mittlere Einkommen sind jetzt in dieser Situation das richtige Signal und, nebenbei bemerkt, das richtige Signal an unsere Partner in der Europäischen Union.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – Volker Kauder [CDU/CSU]: Sie wollen ja nicht!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Michael Stübgen ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Michael Stübgen (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns am Ende einer in jeder Beziehung bemerkenswerten **Ratspräsidentschaft Frankreichs**, bei der schon die Person des Ratspräsidenten Sarkozy versprochen hat, dass es eine spannende Zeit wird.

Diese Ratspräsidentschaft war allerdings auch noch durch äußere Einflüsse geprägt, die von uns nicht gesteuert werden konnten und sie in besonderer Weise schwierig machten, sodass sie über weite Zeiträume eine reine Krisenpräsidentschaft war. So hatte die französische Ratspräsidentschaft von Anfang an mit dem ungelösten Problem des gescheiterten irischen Referendums zu tun. Hinzu kamen die Georgien-Krise und die internationale Finanzkrise.

Ein Vorhaben der französischen Ratspräsidentschaft, das von uns unterstützt wurde, war, dass das, was unter der deutschen Ratspräsidentschaft als allgemeine Ziele

Michael Stübgen

- (A) für den Einstieg in die aktive Klimapolitik der Europäischen Union beschlossen worden ist, jetzt in den schwierigen Details mit klaren Vorgaben für die Industrie festgelegt und umgesetzt wird. All das sind extrem schwierige Dinge. Am Ende dieser Ratspräsidentschaft kann man feststellen, dass die französische Ratspräsidentschaft erfolgreich war. Der französischen Regierung gebührt dafür unser Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dabei ist gerade zum Ende dieser Präsidentschaft ein Phänomen für mich besonders bemerkenswert: Am Ende hat die französische Ratspräsidentschaft letztlich das umsetzen müssen, was die deutsche Ratspräsidentschaft vorgegeben hat. Ich will hier an die Frage des Lissabon-Vertrages erinnern. Nur durch das Agieren der deutschen Bundesregierung und von Bundeskanzlerin Angela Merkel war es möglich, den gescheiterten Verfassungsvertrag als Lissabon-Vertrag wieder auf die Schiene zu setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es war nicht geplant, dass wir uns noch damit beschäftigen. Aber es war Frankreich möglich, einen Zeitplan festzulegen, wie wir eine klare Chance eröffnen können, um am Ende des nächsten Jahres den Lissabon-Vertrag doch zu implementieren.

(Beifall des Abg. Kurt Bodewig [SPD])

- (B) Es war auch die Fortführung der deutschen Ratspräsidentschaft, beim **Klimapak**et zu klaren Beschlüssen zu kommen. Hier war es – das muss man sagen – für Frankreich noch etwas schwieriger; denn allgemeine Ziele festzulegen, wie die dreimal 20 Prozent, ist in jedem Fall leichter, als zum Beispiel eine klare Umsetzung mit klaren Belastungen zu beschließen. Auch da sind wir zum Schluss zu einem vernünftigen Kompromiss gekommen. Auch der Europäische Rat in der vergangenen Woche am 11. und 12. Dezember ist insgesamt als Erfolg zu werten.

(Beifall des Abg. Kurt Bodewig [SPD])

Drei Schwerpunkte gab es auf der Tagesordnung des Europäischen Rates, wobei ich nur auf einen in besonderer Weise eingehen will. Die Frage war: Wie geht es mit dem **Lissabon-Vertrag** weiter? Es ist vernünftig und richtig, dass sich die irische Regierung verpflichtet hat, bis zum 31. Oktober des nächsten Jahres die Ratifizierung in ihrem Land durchzuführen. Im Gegenzug haben die Staats- und Regierungschefs der irischen Regierung Garantien gegeben, um den irischen Bedenken Rechnung zu tragen. Ich glaube, es ist in der Tat nicht besonders gut, die Zahl der Kommissare letztlich doch wieder bei 27 bzw. 28 in der nächsten Legislaturperiode zu belassen. Sie alle wissen, dass wir richtigerweise die Forderung vertreten haben, die Zahl der Kommissare so zu reduzieren, dass die Kommission in Zukunft in der Lage ist, eine Art Regierung mit verschiedenen Ressorts zu bilden. Das ist nämlich mit 27, 28 oder mehr Kommissaren nur bedingt möglich. Wir haben zum Beispiel jetzt einen Kommissar, der für das bemerkenswerte Thema

Sprachenvielfalt zuständig ist, aber letztlich in der Frage nichts erreicht hat. (C)

Ich glaube, wir müssen dafür sorgen, dass die Europäische Kommission intern zu Strukturen kommt, in denen nicht wie bisher jeder Kommissar für bestimmte Bereiche zuständig ist; vielmehr müssen die Zuständigkeiten gestrafft werden, sodass wir auch bei Kommissaren, die keine direkte oder sozusagen eine untergeordnete Zuständigkeit haben, zu einer klaren Regierungsstruktur kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich glaube auch, dass die Beschlüsse zum **Konjunkturpaket** der Europäischen Union sehr wichtig waren. Dabei ist in besonderer Weise hervorzuheben, dass es eine Reihe von Erleichterungen geben wird, zum Beispiel die Erweiterung der sogenannten De-minimis-Regelung, die Verkürzung der Ausschreibungsfristen für Infrastrukturprojekte und – das muss noch umgesetzt werden – die Erhöhung des Volumens, ab dem eine europaweite Ausschreibungspflicht für öffentliche Aufträge gegeben ist, und zwar von 5 Millionen auf 10 Millionen Euro.

Ich will ausdrücklich Bundeskanzlerin Angela Merkel danken: dass sie in dieser Frage trotz Kritik und Anfeindungen einen klaren Kurs gehalten und verhindert hat, dass der Europäische Rat in finanzpolitischem Aktionismus alles Mögliche beschließt, nur weil das vielleicht gerade populär ist, und dass die Finanzielle Vorausschau ausgeweitet wird. Angela Merkels Position war zwar über weite Strecken unpopulär, aber extrem wichtig. Ich glaube, es ist richtig – das ist der deutschen Bundesregierung zu verdanken –, dass sich der Europäische Rat darauf einigen konnte, den Umfang des Konjunkturpakets auf 1,5 Prozent des europäischen Brutto sozialproduktes zu begrenzen, dass der europäische Anteil daran knapp ein Siebtel beträgt und dass nicht von vornherein eine Ausweitung der Finanziellen Vorausschau angestrebt wird. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Am strittigsten – das war zu erwarten – war die Diskussion um das **Klimapak**et. Bei aller Kritik, die von allen Seiten vorgetragen wird, muss man einige grundsätzliche Punkte festhalten. Die Europäische Union ist in der Tat – das war unser Ziel, und es ist auch notwendig – die erste Völkergemeinschaft, die aktiv in den Klimaschutz einsteigt und dies auch umsetzt. Aber bei der konkreten Umsetzung musste von Anfang an beachtet werden, dass es in den europäischen Mitgliedsländern höchst unterschiedliche Industriestrukturen und Energieerzeugungsstrukturen gibt. Bedauerlicherweise haben die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Richtlinien zum Klimapaket darauf nicht ausreichend Rücksicht genommen und waren insofern untauglich.

Es bringt letztlich nichts, wenn wir Belastungen für die Industrie beschließen, die sie gar nicht bewältigen kann, selbst wenn sie dazu bereit ist, und das zum Zusammenbruch und zur Abwanderung industrieller Strukturen führt. Das schädigt Europa, und es nützt nicht einmal dem Klima. Denn wenn die Produktion in andere

Michael Stübgen

- (A) Länder verlagert wird, in denen es keine entsprechenden Auflagen gibt, dann schadet dies dem Klima.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, dass der gefundene Kompromiss vernünftig ist. Es war eine sehr schwierige Gratwanderung, und es war klar, dass Deutschland in dieser Diskussion gleich zweifach in einer schwierigen Situation ist. Zum einen haben wir eine Industriestruktur, die in der Europäischen Union ihresgleichen sucht. Sie ist obendrein noch stark exportabhängig. Das heißt, sie steht im internationalen Wettbewerb mit Ländern, in denen es noch keine Klimaschutzvorgaben gibt. Zum anderen haben wir in Deutschland eine Energieerzeugungsstruktur, die sehr stark – zu über 40 Prozent – auf der Verbrennung von fossilen Energieträgern beruht. Auch hierbei bringt es nichts – wenn wir zu Ergebnissen kommen wollen –, ab 2013 sozusagen einen Schnitt zu machen und zu einem Knockout der bisher sehr erfolgreichen und auch technisch sehr fortschrittlichen und innovativen Energieproduktion in Deutschland zu kommen.

Ich glaube, dass die Ausnahmen für exportabhängige Industrien, die durch die Einführung der Auktionierung besonders betroffen sind, richtig und ausreichend sind. Wichtig ist auch, dass die sogenannte indirekte Carbon Leakage auch durch die Kommission so berücksichtigt wird, dass wir auf nationaler Ebene in der Lage sind, Industriebetriebe, die zwar nicht direkt durch die Auktionierung von Emissionszertifikaten betroffen, aber durch einen im Verhältnis zu ihrer Bruttowertschöpfung hohen Stromverbrauch belastet sind, zu entlasten. Auch hier ist es wichtig, zu wissen: Es bringt niemandem etwas, wenn diese Industrie Deutschland verlässt und an das andere Ende der Welt geht.

- (B) Nun möchte ich noch ganz kurz auf die Frage der Energieerzeugung eingehen.

Nun möchte ich noch ganz kurz auf die Frage der Energieerzeugung eingehen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das wird allerdings schwierig.

(Heiterkeit)

Michael Stübgen (CDU/CSU):

Dann wird einer meiner nachfolgenden Redner noch ausreichend darauf eingehen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Sehr schön. Ich habe übrigens den begründeten Eindruck, Herr Kollege, dass dieser Schluss den meisten Kollegen mindestens so gut wie das gefallen hat, was Sie eigentlich noch vortragen wollten.

(Heiterkeit)

Das Wort erhält nun der Kollege Oskar Lafontaine für die Fraktion die Linke.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der SPD: Der Antieuropäer!)

Oskar Lafontaine (DIE LINKE):

(C)

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stimme dem Bundesminister des Auswärtigen zu: Europa stand in den letzten Monaten vor großen Herausforderungen. Das ist überhaupt nicht zu bestreiten. Ich stimme ihm auch darin zu, dass wir Veranlassung haben, dem französischen Präsidenten für seine Amtsführung in den letzten Monaten zu danken; denn er hat in dieser schwierigen Situation eines sofort erkannt: Auf diese Herausforderung kann man nicht durch nationalstaatliches Handeln reagieren, vielmehr muss gemeinsame europäische Antworten finden. Dass er dies erkannt und durchzusetzen versucht hat, dafür gebührt ihm nach unserer Auffassung Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Bundesaußenminister hat vorgetragen, es sei gut, dass sich in Europa alle einig sind. An dieser Aussage bestehen berechtigte Zweifel. Es wäre schön, wenn sich alle in Europa einig wären und man eine gemeinsame Antwort fände. Aber festzustellen ist, dass es in Europa sehr unterschiedliche Auffassungen gab und dass insbesondere die **Bundesregierung** diejenige war, die eine einheitliche europäische Antwort auf die Herausforderung eher hintertrieben denn befördert hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Dafür gibt es nun Gründe. Wenn beispielsweise die Bundeskanzlerin in Frankreich als „Madame Non“ bezeichnet wird, dann kommt dies nicht von ungefähr. Es kommt schlicht und einfach daher, dass sie am Anfang, als man versuchte, gemeinsame Antworten zu finden, nicht bereit war, die notwendigen Kompromisse einzugehen, und gewissermaßen zum Jagen getragen werden musste. Insofern wäre es redlich, auch dies einmal anzumerken. Deutschland ist die größte Volkswirtschaft in Europa. Deutschland hätte eigentlich vorangehen müssen, um eine gemeinsame Antwort zu finden, und nicht als Blockierer dastehen dürfen.

(D)

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn irgendjemand Zweifel daran hat, dass diese Analyse richtig ist, dann erinnere ich daran, dass der Herr Bundeswirtschaftsminister zu Beginn der Krise sagen zu müssen meinte, ein jeder kehre vor seiner eigenen Tür. Hätte in Europa wirklich jeder vor seiner eigenen Tür gekehrt, dann sähe die Situation jetzt noch viel schlechter aus. Insofern ist es gut, dass es von Anfang an europäische Staatsmänner gab, die erkannt hatten, dass wir gemeinsam handeln müssen, und nicht solche dummen Sprüche absonderten, wie es hier in Deutschland geschah.

(Beifall bei der LINKEN)

An dieser Stelle ist auch darauf hinzuweisen, dass es nicht glücklich ist, wenn sich der Bundesfinanzminister so aufführt, wie er es auf europäischer Ebene getan hat. Wenn er beispielsweise meint, sich über Gordon Brown lustig machen zu müssen, dann ist demgegenüber festzuhalten, dass dieser schneller und konsequenter als diese Bundesregierung reagiert hat. Insofern besteht für solche Überheblichkeit überhaupt kein Anlass.

Oskar Lafontaine

- (A) (Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

In diesem Zusammenhang hat der Bundesfinanzminister zum Ausdruck gebracht, die **Mehrwertsteuersenkung** in Großbritannien sei lächerlich, weil es schließlich keinen großen Unterschied mache, eine Ausgabe für 97,50 Euro anstatt für 100 Euro zu tätigen. Eine solche Auffassung kann man zwar vertreten; wenn man selbst aber vorher in Deutschland der Auffassung war, für ein paar hundert Euro Kraftfahrzeugsteuerermäßigung kaufen sich alle Leute schnell ein Auto, befindet man sich nicht in einer günstigen Position, sondern dann fällt ein solcher Vorwurf zumindest auf einen selbst zurück.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das ist wahr!)

Der französische Ratspräsident hat noch einmal den von Jacques Delors stammenden Vorschlag – ich sage dies ganz bewusst – einer **europäischen Wirtschaftsregierung** eingeführt. Für meine Fraktion erkläre ich, dass wir diesen Vorschlag nach wie vor für richtig halten, weil dies am Anfang der europäischen Wirtschaftsunion völlig unstrittig war. Diejenigen, die die Krönungstheorie vertraten, waren zugleich der Auffassung, man brauche zunächst gemeinsame politische Organe und erst dann eine gemeinsame Währung. Man kann eine ganze Reihe von Gründen anführen, um zu einer solchen Auffassung zu kommen. Wenn man sich aber schon für den umgekehrten Weg aus sachlichen und politischen Erwägungen heraus entschieden hat, zuerst eine gemeinsame Währung einzuführen, ist es umso logischer, zu sagen: Dann müssen auch die Wirtschafts- und die Finanzpolitik sowie nach Möglichkeit die Lohnpolitik im gesamteuropäischen Raum koordiniert werden, wenn man optimale makroökonomische Ergebnisse haben will.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb begrüße ich, dass dieser Delors-Vorschlag noch einmal vom französischen Staatspräsidenten auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Nun hat der Bundesaußenminister gesagt – ich bedauere, dass er sich vertieft unterhält; er hat sicherlich Gründe dafür –: Gut, dass sich alle in Europa einig sind. – Ich möchte hier für meine Fraktion erklären: Es wäre gut, wenn sich alle in der Bundesregierung einig wären. Dann wären wir ein ganz großes Stück weiter.

(Beifall bei der LINKEN)

Was die Bundesregierung aufführt, ist nichts anderes als Affentheater. Jeder Minister hat irgendeinen anderen Vorschlag. Es ist ganz ungewöhnlich, dass eine Regierung zu einem Palaverklub denaturiert, in dem jeder andere Vorschläge in ökonomischen Fragen hat. Der eine ist für Steuersenkungen, der andere ist dagegen. Der eine ist für Konjunkturprogramme, der andere ist dagegen. Der eine sagt: Die Sozialabgaben müssen sinken. Der andere sagt etwas ganz anderes. Die entscheidende Frage ist doch: Wie will man denn auf europäischer Bühne eine überzeugende Figur abgeben, wenn alle Mitglieder des Bundeskabinetts unterschiedliche Auffassun-

gen in den Kernfragen haben? Das ist nicht mehr nachvollziehbar. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Trotz der Angst, die Sie davor haben, das Wort „Konjunkturprogramm“ in den Mund zu nehmen, möchte ich sagen: Sie würden allen europäischen Ländern erheblich helfen, wenn Sie die **Strukturdefizite Deutschlands** beseitigten. Diese möchte ich für meine Fraktion benennen:

Erster Punkt. Jeder weiß, dass wir 1 Prozent, bezogen auf das Bruttosozialprodukt, weniger für Bildung ausgeben als die anderen OECD-Staaten im Durchschnitt.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Daraus wäre der einfache Schluss zu ziehen: Jawohl, wir beseitigen dieses strukturelle Defizit und geben in Zukunft 1 Prozent mehr für Bildung, Forschung und Wissenschaft aus. Es ist doch nicht so schwer, zu einem solchen Ergebnis zu kommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweiter Punkt. Jeder in diesem Hause kann überprüfen, dass wir 1 Prozent weniger in die Infrastruktur investieren als die anderen Staaten der Europäischen Gemeinschaft im Durchschnitt. Angesichts dessen ist es doch nicht so schwer, zu dem Ergebnis zu kommen: Lasst uns in Zukunft dafür Sorge tragen, dass wir genauso viel in die Infrastruktur investieren wie die anderen Staaten der Europäischen Gemeinschaft im Durchschnitt!

(Beifall bei der LINKEN) (D)

Das sind, bezogen auf das Bruttosozialprodukt, saldiert die 50 Milliarden Euro, von denen immer die Rede ist. Man kann das für richtig oder für falsch halten, aber diese Vorschläge sind logisch und liegen vor.

Dritter Punkt. Ein weiteres strukturelles Defizit in Deutschland stellt – darüber herrscht sicherlich keine Übereinstimmung in diesem Haus – die **Lohnentwicklung** dar. Wir haben einen Abfall der Lohnquote zu verzeichnen, der zumindest für die deutsche Volkswirtschaft, wenn nicht sogar für Gesamteuropa von Bedeutung ist. Ich will die Zahlen nennen. Hätten wir noch die Lohnquote des Jahres 2000, dann hätten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland rund 140 Milliarden Euro mehr an Bruttolöhnen. Dieses strukturelle Defizit muss man beseitigen. Daher haben wir Vorschläge betreffend Hartz IV und den Mindestlohn gemacht; denn dieses Defizit können wir uns auf Dauer nicht leisten.

(Beifall bei der LINKEN)

Das vierte strukturelle Defizit ist das, was der Wirtschaftsweisenrat als **Entstaatlichung** bezeichnet. Er hat die Entstaatlichung der letzten zehn Jahre beziffert. Die Bundesregierung hat uns dankenswerterweise die Auskunft gegeben, dass wir dann, wenn wir die gleiche Staatsquote wie im Jahr 2000 hätten, Mehrausgaben in Höhe von 118 Milliarden Euro pro Jahr hätten. Mit anderen Worten: Erklärte die Bundesregierung nur, sie beseitigte die strukturellen Defizite, die sich über Jahre

Oskar Lafontaine

- (A) bei Bildung, Infrastruktur, Löhnen und Staatsausgaben aufgebaut haben, würden wir massiv dazu beitragen, dass Europa die richtige Antwort auf die Krise fände.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will noch etwas zu den infrage stehenden Programmen sagen. Natürlich muss man sich entscheiden. Wenn der Bundesfinanzminister richtigerweise sagt: „Die Hälfte der Haushalte zahlt keine Steuern“ – er meint natürlich die andere Hälfte der Haushalte, die Lohn- und Einkommensteuer zahlt –, dann ist das einfach nur eine statistische Feststellung. Natürlich kann man daraus die Konsequenz ziehen – wir halten das für die falsche Antwort –: Wir helfen der Hälfte der deutschen Haushalte, die Lohn- und Einkommensteuer zahlen. Man kann zu diesem Ergebnis kommen. Dies ist aber rein makroökonomisch nicht so effizient, als wenn man der Hälfte der deutschen Haushalte hilft, die keine Lohn- und Einkommensteuer zahlen, indem man ihnen mehr Einnahmen verschafft; denn diese Haushalte tragen das Geld in die Kaufhäuser. Hier haben wir die höchste Konsumrate. Das ist die Antwort, die wir empfehlen.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun noch eine Bemerkung zur **Umwelt**. Natürlich ist es richtig – wer wollte das kritisieren –, dass Sie, Herr Bundesaußenminister, Kompromisse schließen müssen. Es wäre einfach naiv, zu sagen: Um Himmels willen, ihr dürft keine Kompromisse schließen! – Natürlich kann man darüber rechten, ob das weite Entgegenkommen gegenüber der Energiewirtschaft richtig war. Eines kann man auf jeden Fall sagen: Wenn Sie hier – nach unserer Auffassung richtigerweise – den technologischen Fortschritt reklamieren und sagen, wir müssten einen höheren Anteil an erneuerbaren Energien in der Zukunft erreichen, dann müssen wir im Inland die technischen und strukturellen Voraussetzungen dafür schaffen. Das heißt für uns: gesamtstaatliche Verantwortung für die Netze und Dezentralisierung der Energieversorgung; sonst werden wir die hehren Ziele, was die erneuerbaren Energien in Deutschland angeht, nicht realisieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine letzte Bemerkung, auch wenn Sie das immer wieder ärgert: Wir definieren **Demokratie** nicht nur vom Formalen, sondern auch vom Ergebnis her. Eine demokratische Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der sich die Interessen der Mehrheit und nicht die Interessen der Minderheit durchsetzen. Das gilt nicht nur für Deutschland, das gilt auch für Gesamteuropa. Deshalb zitiere ich an dieser Stelle gern Karl Arnold: Formale politische Demokratie auf der einen Seite, aber Absolutismus in der Wirtschaft, das wird und kann auf Dauer nicht funktionieren. – Wir wollen zu einem demokratischen und sozialen Europa kommen. Wir wollen an die Stelle des Neoliberalismus der letzten Jahrzehnte die Wirtschaftsdemokratie als gesamtgesellschaftliches Konzept setzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich kann auch nicht nachvollziehen, dass hier begrüßt wird, dass die Iren noch einmal abstimmen müssen. Es

wäre doch ganz schön, wenn man nicht immer nur auf der Ebene der Regierungen denken würde und der irischen Regierung Komplimente dafür machen würde, dass sie bereit ist, noch einmal abstimmen zu lassen. Wir sind der Auffassung, dass Demokratie ernst zu nehmen ist. Wir alle haben in den letzten Jahrzehnten die Bevölkerung viel zu wenig an dem Fortschritt der europäischen Einigung teilhaben lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb plädieren wir für **Volksabstimmungen**. Wir halten es für einen Fehler, immer wieder zu sagen: Wenn ihr nicht so abstimmt, wie wir wollen, dann müsst ihr halt noch einmal abstimmen. – So werden wir das demokratische und soziale Europa nicht voranbringen.

Noch eine allerletzte Bemerkung: Wenn jetzt nach dem Deutschen Gewerkschaftsbund auch die Sozialdemokratische Partei den Vorschlag macht, den wir seit längerem machen, nämlich eine soziale Fortschrittsklausel in das europäische Vertragswerk aufzunehmen, dann sollte man versuchen, vor Verabschiedung eines Vertrages eine solche Fortschrittsklausel zu verankern, damit Europa nicht nur demokratisch, sondern auch sozial wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Kollegin Dr. Angelica Schwall-Düren für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) (D)

Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Vor zwei Wochen stand ich schon einmal hier. Damals stand die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin vor dem Gipfel auf der Tagesordnung. Wir haben hier vor allen Dingen unseren Hoffnungen Ausdruck verliehen, dass die Ergebnisse des Gipfels gute sein mögen und dass die deutsche Regierung erfolgreich verhandeln möge.

Der Erfolg, den wir erzielt haben, ist nicht selbstverständlich. Wir haben in der Tat der französischen Ratspräsidentschaft zu danken, die zukunftsweisende Beschlüsse zustande gebracht hat, die zufriedenstellende Beschlüsse erreicht hat und die Einigkeit erreicht hat. Gerade das ist in Krisen und vor großen Herausforderungen unabdingbar.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich auf nur einige wenige Punkte eingehen.

Gerade der Erfolg, was das Klimapaket angeht, ist keine Selbstverständlichkeit gewesen; denn viele haben versucht, sich von den ehrgeizigen Klimaschutzzielen zu verabschieden, übrigens auch in der deutschen Politik. Deswegen bin ich besonders froh, dass wir bei der 100-Prozent-Auktionierung geblieben sind.

(Beifall bei der SPD)

Mein Kollege Uli Kelber wird das sicher genauer ausführen.

Dr. Angelica Schwall-Düren

- (A) Ich möchte auf einen Punkt eingehen, nämlich die Tatsache, dass wir in dieser Hinsicht auch die mittel- und osteuropäischen Staaten haben mitnehmen können, die im Jahr 2020 bei einer 100-prozentigen **Stromauktionierung** landen werden. Sie wollten aufgrund ihrer Struktur – 95 Prozent der Stromerzeugung basiert auf Kohle – weitreichende Ausnahmeregelungen erreichen. Wer dieses Land gut kennt und weiß, vor welchen großen strukturellen Veränderungen es steht – wir haben unsere eigenen Erfahrungen mit Kohleregioenen –, der kann diesen Wunsch nachvollziehen. Es ist wichtig, dass wir dieses Phasing-in erreicht haben und nun über den Solidaritätsmechanismus Hilfen für Modernisierung, für Investitionen in moderne Technologien gewähren können, damit auch in den mittel- und osteuropäischen Ländern der Fortschritt im Bereich Klimaschutz bald sichtbar werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Auch in der **Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise** hat sich die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union gezeigt. Ich bin sehr froh, dass es bei den verabredeten Maßnahmen nicht dazu gekommen ist, dass Umwelt und Arbeit gegeneinander ausgespielt werden. Vielmehr haben wir mit Strategien zur Bekämpfung der Rezession sowohl den „Vorrang für Arbeit“ – so hat es Frank-Walter Steinmeier in seinen neun Punkten formuliert – als auch die ökologische Innovation auf die Tagesordnung gesetzt. Das kann man an dem Investitionsprogramm festmachen, an dem sich die Europäische Investitionsbank beteiligen wird. Profitieren werden davon insbesondere kleine und mittlere Unternehmen – das ist in der Tat sehr wichtig – und der Bereich „saubere Mobilität“. Das passt hervorragend zu den Maßnahmen, die wir in unser deutsches Konjunkturprogramm aufgenommen haben, und zu den Maßnahmen, die wir darüber hinaus wahrscheinlich noch verabreden werden.

(B)

Das Gleiche gilt für die Investition, was die **Breitbandverkabelung** anbelangt. Ich freue mich, dass sogar die Formulierungen von Frank-Walter Steinmeier in dieses Investitionsprogramm aufgenommen wurden.

Unser Außenminister hat dankenswerterweise darauf hingewiesen, dass wir in dieser Krise nicht allein nationale Maßnahmen ergreifen können, sondern dass es hier eines ergänzenden europäischen Impulses bedarf. Das scheint mir selbstverständlich zu sein in einer Gemeinschaft, in der der Export jedes einzelnen Landes und auch unseres Landes vor allen Dingen auf den europäischen Binnenmarkt ausgerichtet ist. Wenn wir weiterhin Maschinen exportieren wollen, ist es wichtig, dass auch unsere Handelspartner in der Europäischen Union gut dastehen. Deswegen brauchen wir diese verdichtete **Koordinierung**.

Herr Lafontaine, ich streite mich überhaupt nicht darüber, ob wir „gouvernement économique“ oder „Wirtschaftsregierung“ sagen. Sarkozy wird mit großer Sicherheit niemals gemeint haben, dass er staatliche Souveränität in einer Weise an die Europäische Union abgeben werde, dass dort eine Regierung für Wirtschaftsfragen im eigentlichen Sinne eingerichtet wird – aber es macht sehr wohl Sinn, sich hier abzustimmen

und Arbeitsteilung durchzuführen –; denn ein industrielles Kernland wie Deutschland braucht andere Maßnahmen als eine überwiegend von Dienstleistungen geprägte Volkswirtschaft wie die des Vereinigten Königreiches.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Wir diskutieren jetzt über ein weiteres **Konjunkturprogramm**. Herr Hoyer, die Krise ist so ernst, wie Sie sie beschrieben haben; über die weiteren Entwicklungen können wir noch nicht sehr viel Genaues sagen. Ich erwarte – das sage ich insbesondere in Richtung der FDP –, dass sich die Opposition ebenfalls an der Lösung der Probleme beteiligt und nicht nur bei kittelndem Widerstand verbleibt.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Das haben wir doch wohl sehr konstruktiv getan, Frau Kollegin!)

Ich will an dieser Stelle einmal darauf hinweisen, wie widersprüchlich Ihre Argumentationen sind. Sie haben vorhin darauf hingewiesen, dass wir hier keine kurzfristigen Feuer entfachen dürfen, indem wir Sozialabgaben senken oder Sozialtransfers erhöhen. Gleichzeitig plädieren Sie aber für eine Steuersenkung, die vor allen Dingen den Gruppen zugutekommen würde, die eine relativ hohe Sparquote haben, weswegen vernünftigerweise gar nicht zu erwarten ist, dass die Entlastung in Konsum und Nachfrage umgemünzt wird. Insofern müssen wir in unserer Argumentation schon konsequent bleiben. Deswegen setze ich in erster Linie auf ein Investitionsprogramm, das die Kommunen darin bestärkt, ökologische Investitionen und Bildungsinvestitionen sowie solche Investitionen zu tätigen, die die Infrastruktur zum Stichwort „saubere Mobilität“ voranbringen.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Ein kurzes Wort zum **Lissabonner Vertrag**. Wir sind froh darüber, dass die Aussichten wieder besser geworden sind, auch wenn der Preis – die Anzahl der Kommissare – hoch ist. Aber das Referendum ist noch nicht gewonnen. Ich kann langsam nicht mehr hören, Herr Lafontaine, welche Äußerungen Sie im Hinblick auf den Lissabonner Vertrag machen und mit welchen Gruppen Sie sich ins Boot begeben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Murdoch und Ganley, das ist eine feine Gesellschaft, mit der zusammen Sie gegen einen Vertrag vorgehen wollen, der schneller als die Verabredung einer sozialen Fortschrittsklausel, die wir wollen, Verbesserungen für ein soziales Europa bringt. Insofern widersprechen Sie sich hier selber.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Lassen Sie mich zum Abschluss noch ein paar Worte zur Rolle der französischen Ratspräsidentschaft sagen. Wenn wir die dynamische und kraftvolle Arbeit des französischen Staatspräsidenten positiv sehen, weil in einer Krise wie dem Krieg zwischen Georgien und Russland

Dr. Angelica Schwall-Düren

- (A) schnelles Handeln gefordert war, dürfen wir doch nicht außer Acht lassen, dass auch immer Integrationskraft nötig ist. Hier hat die **deutsch-französische Zusammenarbeit** eine ganz große Rolle gespielt. Das deutsch-französische Tandem hat Impulse gegeben. Das ist nicht nur in Bezug auf die Wirtschaftskrise der Fall gewesen; das ist zum Beispiel auch in der Frage der Beobachtermision in Georgien, in der Frage der Untersuchungskommission der Fall gewesen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin, ich darf auch Sie bitten, auf die Uhr zu achten.

Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD):

Deswegen, Herr Präsident, will ich zum Abschluss nur noch sagen:

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Schade!
Kein Inhalt!)

Die Ratspräsidentschaft wie die Europäische Union sind ein ständiger Lernprozess. Dort hat sowohl Gordon Brown dazugelernt, nämlich dass man eine Finanzmarktregulierung braucht, wie auch Präsident Sarkozy, der Toleranz gelernt hat und gelernt hat, dass in der Europäischen Union Kompromisse am Ende zu Erfolgen führen.

Herzlichen Dank, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(B)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Kollegin Renate Künast für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Dr. Werner Hoyer [FDP]: Jetzt kommt wieder die Abteilung „schlechte Laune“!)

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muss ehrlich sagen: Ich wundere mich

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Das wundert mich nicht!)

über die Versuche, diesen europäischen Regierungsgipfel gesundzubeten. Ich habe viele Menschen getroffen, Herr Steinmeier, die von den Ergebnissen des europäischen Gipfels enttäuscht sind und die auch sagen, dass dieser Gipfel eine Blamage für die Bundesregierung ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Da müssen wir uns über Sie wundern!)

Nun ja, Frau Schwall-Düren, auch wenn Sie jetzt lächeln,

(Ulrich Kelber [SPD]: Das mit dem Lächeln können Sie auch mal ausprobieren!)

Sie haben erklärt, man habe beschlossen – nehmen wir mal einen zentralen Punkt, das Thema Klimawandel –

20 Prozent weniger CO₂-Ausstoß bis 2020. Dazu kann ich nur eines sagen: Was auf diesem Klimapaket draufsteht, ist gar nicht drin. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist machtpolitisches Maulheldentum oder, unter Verbrauchergesichtspunkten – das versteht ja jeder –: Es ist eine Luftverpackung. So groß ist die Verpackung, und so klein ist der Inhalt.

Mit tatkräftiger deutscher Hilfe – das muss man ja sagen – sind große Löcher in den **Emissionshandel** gebohrt worden. 90 Prozent der Industrie werden ausgenommen, bekommen gar keine Anreize, in kohlestoffarme Technik zu investieren. Der notwendige Strukturwandel wird verschleppt. Hier haben einige, auch von der FDP, immer über Wettbewerb geredet. Sie machen aber Ausnahmen und diskutieren über Wettbewerb und Arbeitsplätze für Betriebsbereiche,

(Jörg van Essen [FDP]: Zu Recht!)

zum Beispiel die Produktion von Zement, die gar keinen Wettbewerb zu fürchten haben, meine Damen und Herren. Das ist doch kein mutiger Schritt, keine Brücke zu etwas Neuem, um Arbeitsplätze zu schaffen, sondern das ist schlicht und einfach die Unterstützung des Alten und die Pöppelung einzelner Industriezweige.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben zwar die 100-Prozent-Versteigerung der Emissionsrechte an die **Energieversorger** in Deutschland erreicht, aber Sie haben auch eine Subvention für den Neubau von Kohlekraftwerken organisiert. Wieso sollen wir ihnen eigentlich, wenn wir vorwärts gehen sollen, noch bis zu 15 Prozent der Investitionssumme hinterher werfen? Das Geld brauchten wir an ganz anderer Stelle. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben an anderer Stelle diese 100-Prozent-Versteigerung wieder aufgehoben, indem Sie geregelt haben, dass Mittel- und Osteuropa Zertifikate noch lange umsonst vergeben können. Was wird dort passieren, meine Damen und Herren? Am Ende werden wieder die Energieversorger aus Deutschland profitieren, zum Beispiel RWE, die dann dort Gewinne einstreichen, ohne irgendeine Leistung für die Umwelt zu erbringen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am Rande sei erwähnt: Der Parlamentsbeschluss „100-Prozent-Versteigerung im Energiesektor“ ist von Ihnen an der Stelle missachtet worden. Dafür haben Sie sich in Europa nicht eindeutig eingesetzt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist nicht die Antwort auf die Klimakrise.

Frau Merkel, Herr Steinmeier, an der Stelle kann man auch nicht behaupten, Europa habe Wort gehalten. Im Gegenteil. Was wir da gesehen haben, ist ein Kniefall vor der alten Lobby. Bei der **Automobilindustrie** hat man voller Freude die Sektkorken knallen lassen, und Zetsche und Wiedeking haben geweint – vor Glück und

Renate Künast

- (A) vor Freude. Sie sagen, da sei Klimaschutz drin. Wahr ist: Die deutsche Automobilindustrie muss bis 2012 überhaupt nichts tun. – Das ist doch kein Klimapaket, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte einmal den Klimachefberater von Angela Merkel zitieren, Herrn **Schellnhuber** aus Potsdam, Leiter eines der führenden Institute. Auch er hat diese EU-Beschlüsse scharf kritisiert. Er hat ganz klar gesagt: Die behaupteten Ziele Ihrer Beschlüsse werden Sie mit den vereinbarten Maßnahmen definitiv nicht erreichen. – Das ist die Wahrheit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil immer alle so auf die USA schauen: Obama hat es anders gemacht.

(Eduard Lintner [CDU/CSU]: Der ist noch nicht einmal Präsident!)

Obama hätte so jemanden wie Schellnhuber, statt ihn zu düpieren, zu seinem Energieminister gemacht.

(Zurufe von der CDU/CSU)

– „Warten wir es ab!“, rufen Sie, Herr Kauder.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Nein! Das habe ich gar nicht gesagt!)

Wenn man, wie Obama es macht, so jemanden wie Herrn Chu, also einen, der die erneuerbaren Energien gedanklich, auch zusammen mit deutschen Wissenschaftlern, zum Beispiel Eicke Weber, entwickelt hat, zum Energieminister macht, dann ist das keine Düpierung, sondern vermittelt die Aussage: Wir folgen der modernen technologischen Entwicklung. – Das haben Sie mit den Beschlüssen nicht geschafft. Wir können nur sagen: Die Klimakanzlerin Merkel ist an der Stelle entzaubert.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ulrich Kelber [SPD]: Als Erstes hat Chu die deutsche Gesetzgebung zu erneuerbaren Energien gelobt!)

– Gut, dass Sie das noch einmal sagen. Aber die deutsche Gesetzgebung zu erneuerbaren Energien, Herr Kelber, ist nicht von dieser Regierungskoalition verabschiedet worden.

(Ulrich Kelber [SPD]: Sondern?)

Das waren doch wohl andere Konstellationen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ulrich Kelber [SPD]: Aber wir waren dabei!)

Unter Ihrer Regierungskonstellation hat die EU die Vorreiterrolle im weltweiten Klimaschutz aufgegeben, und ich finde es bedauerlich, dass es für Entwicklungs- und Schwellenländer nicht einmal mehr einen Anreiz für Modernisierungen in den Bereichen Kohle oder Energieverbrauch gibt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Ach, Frau Künast!)

(C) Es gibt auch keinen Grund, diesen Gipfel zu loben, weil man einfach gemerkt hat, dass diese Bundesregierung regelmäßig planlos und zögerlich ist. Andere haben hier schon erwähnt, welche wundersamen Mehrheiten Sie immer haben. Bei zehn Ministern haben Sie mindestens acht unterschiedliche Meinungen, und Sie haben im wahrsten Sinne des Wortes kein Programm. Es kommt nicht von ungefähr, dass Frau Merkel in Brüssel „Madame Non“ heißt und mittlerweile alle in Europa diesen Namen übernommen haben. Es kommt nicht von ungefähr, dass Sarkozy und Brown Merkel quasi zum Jagen tragen müssen. Ich frage mich ehrlich: Womit verbringen Sie die Zeit? Sie haben am letzten Wochenende einen Analysegipfel mit den Vertretern der gesellschaftlichen Beharrungskräfte durchgeführt. Das ist ja kein Vorreitertum. Was machen Sie danach? Sie schreiten nicht etwa zur Tat, sondern Sie machen jetzt vier bis fünf Wochen Weihnachtspause. Aber die Klima- und Konjunkturkrise wird keine Weihnachtspause machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Woher wissen Sie das?)

Dann haben Sie noch die Chuzpe, Zufallstreffer in Ihr Konjunkturprogramm miteinzurechnen. Ich nenne zum Beispiel die **Pendlerpauschale** oder die Aussage, die Sie nach dem Treffen am Wochenende getroffen haben, dass man jetzt möglicherweise erreicht habe, dass keine **betriebsbedingten Kündigungen** mehr ausgesprochen werden. Wissen Sie was? Die Gewerkschaften haben längst eine über 2010 hinaus gültige Beschäftigungssicherung vereinbart. Das ist die Wahrheit. Um zu so einem Ergebnis zu kommen, hätten Sie Ihr Sonntagstreffen gar nicht gebraucht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie könnten aber einmal etwas für die Leiharbeiter in dieser Gesellschaft tun.

Wo ist Ihr Programm, um Deutschland in den Industrien, die einmal unsere Leitindustrien waren – Maschinenbau, Automobilbranche, Umwelttechnologie –, wirklich nach vorne zu bringen? Da sehen wir bei Ihnen im wahrsten Sinne des Wortes überhaupt nichts. Bei Ihnen bleibt alles in altem Denken stecken.

Wir bräuchten jetzt ein ökologisch-soziales Investitionsprogramm, das, Frau Schwall-Düren, mehr beinhalten muss als nur das Vorziehen von Maßnahmen, die schon planfestgestellt sind. Wir brauchen ein ehrgeiziges Programm beim Energiesparfonds. Wir brauchen jetzt wirklich Geld für die Gebäudesanierung. Wir wollen nicht, dass die chemische Industrie abwandert. Wir wollen vielmehr, dass der chemischen Industrie, die wie zum Beispiel BASF jetzt so viele Standorte schließen will, Veranlassung dazu gegeben wird, etwas Neues zu produzieren –

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin!

- (A) **Renate Künast** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
– sofort –, zum Beispiel in großen Mengen das Material für die Gebäudesanierung. So erhält man Arbeitsplätze in Deutschland, so erhält man Arbeitsplätze in Europa und nicht, indem man Ausnahmeregelungen organisiert und das Alte finanziert.

Was Sie in Europa erreicht haben, stellt keine Antwort auf die Klimakrise und auch keine Antwort auf die Konjunkturkrise dar.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Der Kollege Eduard Lintner ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Eduard Lintner (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Künast, dieser europäische Gipfel hat ja nicht im luftleeren Raum stattgefunden. Sie haben überhaupt nicht die Tatsache erwähnt, dass ein wahrlich nicht leichter Hintergrund gegeben war. Ich nenne die weltweite Finanzkrise, die Verhandlungen über das Weltklima in Posen und auch die Unsicherheit hinsichtlich des Vertrags von Lissabon. All das waren Rahmenbedingungen für diesen Gipfel, all das hat ihn im Vorfeld belastet und natürlich auch die Erwartungen an die zu erzielenden Ergebnisse gesteigert. Wenn wir heute das Ergebnis unter dieser Prämisse betrachten, so wird man sagen müssen: Es war trotz dieses schwierigen Umfelds ein erstaunlich erfolgreicher Gipfel.

- (B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Bei den Beschlüssen zum **Klimaschutz** und zur Energiepolitik gefällt mir vor allem, dass die EU ihrer weltweiten Vorreiterrolle treu geblieben ist – auch das haben Sie nicht erwähnt – und wichtige Prinzipien gewahrt worden sind. Die *Süddeutsche Zeitung* – man beachte: keinesfalls ein unionsfreundliches Blatt – schreibt dazu, dass die Bundeskanzlerin den Gipfel zu einem persönlichen Erfolg gemacht habe, und nennt das europäische Klimapakete ausdrücklich einen „Quantensprung im globalen Lernprozess“.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bemerkenswert ist auch, dass die Mitgliedstaaten zwar ihren nationalen Besonderheiten vernünftigerweise Rechnung tragen dürfen, auch wenn die damit verbundenen Belastungen letztlich gleichmäßig verteilt werden sollen. „Letztlich“ sage ich deshalb, weil bei den Stromerzeugern in Polen und anderen osteuropäischen Mitgliedstaaten noch nachgebessert werden muss; das ist ja anerkannt worden. Deutschland muss in Zukunft darauf drängen, dass spätestens ab 2020 tatsächlich die Energiewirtschaft in allen EU-Mitgliedsländern vollständig in den Zertifikatehandel einbezogen wird. Sonst drohen

- (C) unserem Wirtschaftsstandort ernste und schwere Nachteile.

Positiv hervorzuheben ist auch, dass Sektoren des produzierenden Gewerbes, in denen ein besonderes Risiko von Arbeitsplatzverlusten durch Produktionsverlagerung besteht, ihre Zertifikate bis 2020 kostenlos erhalten. Das ist ein ganz wichtiger Beitrag zum Erhalt vor allem deutscher Arbeitsplätze und insofern ein besonders lobenswerter Erfolg der Verhandlungsstrategie unserer Bundeskanzlerin.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ebenfalls ein wichtiger Bestandteil der europäischen Klima- und Energiepolitik ist die Stärkung der **Energiesicherheit** in Europa. Deshalb begrüße ich ausdrücklich, dass die künftige tschechische Ratspräsidentschaft am vergangenen Dienstag, also nach dem Gipfel, angekündigt hat, die Realisierung der Nabucco-Pipeline von Zentralasien nach Mitteleuropa zu einem Schwerpunkt ihres Handelns machen zu wollen. Das ist eine wichtige Entscheidung, und wir hoffen, dass sie erfolgreich umgesetzt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Axel Schäfer [Bochum] [SPD])

- (D) Trotz der Finanzkrise und des aus diesem Grunde notwendigen EU-Konjunkturpakets wurden auf dem Gipfel die Ziele des **Stabilitäts- und Wachstumspaktes** bekräftigt. Den Mitgliedstaaten wurde aufgegeben, die bei der Bewältigung der Finanzkrise entstandenen Haushaltsdefizite mittelfristig wieder abzubauen. Auch dies entspricht der deutschen Position. Das gilt auch für den auf dem Gipfel sichtbar gewordenen Konsens, dass ein schnelles Gegensteuern und ein koordiniertes Vorgehen innerhalb der EU notwendig sind, um volkswirtschaftlichen Schaden abzuwenden oder zumindest zu minimieren. Damit ist im Übrigen auch jenen Kritikern der Wind aus den Segeln genommen worden, die in den letzten Wochen immer wieder behauptet haben, die Bundesregierung stehe mit ihrer Position bezüglich einer europäischen Antwort auf die Krise isoliert da und wirke gar als Bremser. Lassen Sie mich noch einmal die *Süddeutsche Zeitung* zitieren, die ausdrücklich feststellt, dass im Ratsgebäude zu Brüssel nichts davon zu merken gewesen sei, dass Deutschland isoliert sei. Das ist eine neutrale, unabhängige Stimme, die Sie, Frau Künast, offenbar nicht zur Kenntnis genommen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Zugleich haben die Staats- und Regierungschefs durch ihren Verweis auf die uneingeschränkte Einhaltung der geltenden sogenannten finanziellen Vorausschau der Kommission ebendieser Kommission klargemacht, dass überschüssige Haushaltsmittel an die Mitgliedstaaten zurückgegeben werden müssen und nicht durch Umschichtung in ein eigenes Konjunkturprogramm der Kommission umgewandelt werden dürfen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch einen weiteren Punkt aus der Masse der auf dem Gipfel behandelten Themen herausgreifen, der, wie ich meine, für die Zukunft der EU eine ganz entschei-

Eduard Lintner

- (A) dende Bedeutung hat. Um die nachträgliche Zustimmung der irischen Bevölkerung zum **Vertrag von Lissabon** zu ermöglichen, wurden Irland Zugeständnisse gemacht. Damit ist man dem irischen Staat sehr weit entgegengekommen. Ich finde, das war ein notwendiger Schritt, um die dringend erforderliche Fortentwicklung der EU zu gewährleisten. Das darf aber am Ende nicht zulasten der Handlungsfähigkeit der EU gehen. In einem nächsten Schritt – das wird auch eine Aufgabe für die Bundesregierung sein – müssen daher kreative Lösungen für die künftige Struktur der Kommission gefunden werden, zum Beispiel durch die Reduzierung der Zahl der Ressorts und durch die Einführung von stellvertretenden Kommissaren mit Stimmrecht. Das ist vielleicht ein Ausweg aus der gegebenen Situation.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Sehr richtig!)

Als Fazit dieses Gipfels kann man, glaube ich, feststellen: Europa hat sich bei diesem Gipfel vor den Augen der ganzen Welt unter sehr schwierigen Rahmenbedingungen als voll handlungsfähig und auch als prinzipientreu erwiesen. Wir können gemeinsam dankbar feststellen, dass die Bundesregierung dazu wichtige Beiträge geleistet hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält der Kollege Markus Löning für die FDP-Fraktion.

- (B) (Beifall bei der FDP)

Markus Löning (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit dem Klimapakete beginnen. Die Freien Demokraten unterstützen die Ziele des europäischen Klimapaketes. Europa muss eine Vorreiterrolle im Kampf gegen den Klimawandel einnehmen. Das sind wir uns, unseren Bürgern, aber auch unserer Verantwortung in der Welt schuldig.

(Beifall bei der FDP)

Aber das, Frau Bundeskanzlerin, was Sie in Brüssel verhandelt haben, möchte ich unter den Stichpunkten Scheckbuch und Chips zusammenfassen. Wer bezahlt denn die Ausnahmen? Wer bezahlt denn die Modernisierung der **polnischen Kraftwerke**? Dies ist notwendig. Was ist aber vereinbart worden? Wer bezahlt am Ende des Tages die Modernisierung der polnischen Kraftwerke? Es wird doch darauf hinauslaufen, dass dies der deutsche Steuerzahler oder der deutsche Stromkunde bezahlt. Das ist die typische Politik, die wir in der Europäischen Union nicht brauchen, nämlich die Scheckbuchpolitik vergangener Tage.

(Beifall bei der FDP)

Zu den Chips. Die Ziele sind gut und ambitioniert. Wir haben zudem ein Trainingsprogramm aufgestellt, um diese Ziele zu erreichen. Stellen Sie sich einmal vor, ein Marathonläufer nimmt sich vor, im Jahr 2020 einen

Marathon zu gewinnen. Dann machen wir einen Gipfel und sagen: Das Trainingsprogramm streichen wir einmal. Wir machen Sonderregeln und Ausnahmen. Dann stellen wir die Ernährung um. Wir stellen die Ernährung auf Chips um. Wir behalten aber das Ziel bei, im Jahr 2020 die Ziele zu erreichen. (C)

Meine Damen und Herren, es ist doch vollkommen unglaublich, was passiert ist. Die ganzen Sonderregeln und Ausnahmen konterkarieren doch die Ziele, die richtigen Ziele, die gesteckt worden sind, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich ein paar Worte zum **Vertrag von Lissabon** sagen. Es ist richtig, und wir begrüßen es, dass ein erneuter Versuch unternommen wird, den Vertrag von Lissabon in Kraft zu setzen. Die politischen Erklärungen, die gegenüber den Iren im Hinblick auf die Neutralität und andere Punkte, bei denen die irische Wählerschaft empfindlich ist, abgegeben worden sind, sind zu begrüßen. Herr Außenminister, ich hätte aber auch gern eine Antwort auf die Frage gehört: Wie soll das in die Verträge hineingeschrieben werden? Sie haben doch Rechtsverbindlichkeit zugesagt. Wie soll das aber an dieser Stelle passieren?

Zu den **Kommissaren**. Ich glaube, dass Sie einen Fehler gemacht haben, als Sie gesagt haben, im Jahr 2014 solle es 27 Kommissare geben. Faktisch ist zugesagt worden, dass die Regel „ein Kommissar pro Land“ weiter gelten soll. Ehrlich gesagt kann man nur noch spotten über diese Art von europäischen Kompromissen, die die Große Koalition eingeht. Wir hängen die Fahne des Kampfes gegen die Bürokratie heraus. Wir schreiben uns auf die Fahnen, dass alles schlanker und schneller werden muss. Am Ende beschließen wir aber, dass dasselbe alte Lied weiter gespielt wird: 27 Kommissare, jedes Land bekommt einen Kommissar. Meine Damen und Herren, das war sicher kein Beitrag zu weniger Bürokratie und zu einer Verschlankung der Europäischen Union. (D)

(Beifall bei der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Die FDP will doch auch immer einen Vizepräsidenten!)

Herr Lafontaine, lassen Sie mich an dieser Stelle eine Bemerkung machen. Ihre bemerkenswerte Definition von Demokratie ist an dieser Stelle untergegangen: Demokratie definiere sich nicht nur durch formale Voraussetzungen, sondern vom Ergebnis her. Ich glaube, Sie befinden sich in ganz schlechter Gesellschaft, wenn Sie so etwas behaupten.

(Beifall des Abg. Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Oskar Lafontaine [DIE LINKE]: Perikles!)

Es gibt andere Leute in der europäischen Geschichte, die meinten, sie müssten zunächst einmal die Ergebnisse festlegen. Wer wählt und wie dann gewählt wird, das sei alles egal. Es ist dekuvierend, was Sie gesagt haben, Herr Lafontaine.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Markus Löning

- (A) Lassen Sie mich zum Schluss noch einige Worte zu den Themen EZB und **Euro** sagen. Es ist wichtig, dass wir in den Debatten um die Finanz- und Konjunkturkrise klar herausstellen, dass die auf Geldwertstabilität ausgerichtete Politik der Europäischen Zentralbank die richtige Politik war und auch in Zukunft die richtige Politik ist. Es ist richtig, es ist gut für uns, und es hat uns in der Krise geschützt, dass wir den Euro haben. Gemeinsam sind wir dadurch stärker, dass wir den Euro haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich denke, es ist jetzt die richtige Zeit, insbesondere Dänemark und Schweden noch einmal einzuladen, sich der Eurozone anzuschließen. Je größer die Eurozone ist, je mehr stabile Volkswirtschaften der Eurozone angehören, umso besser für uns.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Eines darf in diesem Zusammenhang aber nicht passieren: Es darf keine Aufweichung der **Maastricht-Kriterien** geben. Dann ist es sofort vorbei mit der Stabilität. Es darf keine Aufweichung der Kriterien für den Beitritt zur Eurozone geben. Auch dann ist es nämlich sofort vorbei mit der Stabilität. Wir werden auch in Zukunft darauf achten müssen, dass der Euro eine stabile, solide Währung bleibt. Das heißt: keine Rabatte im Zusammenhang mit den Kriterien, keine Rabatte gegenüber denjenigen, die jetzt laut an die Tür klopfen. Lassen Sie uns den Euro auch in Zukunft stabil halten!

- (B) Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ulrich Kelber ist der nächste Redner für die Fraktion der SPD.

(Beifall bei der SPD)

Ulrich Kelber (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ergebnisse des europäischen Gipfels sind für den internationalen Klimaschutz eine Lebensversicherung. Die Ergebnisse dieses Gipfels machen möglich, dass die Weltklimakonferenz 2009 in Kopenhagen zu einem guten Ergebnis kommen kann. Europa hat gehandelt, Europa hat Einigungsfähigkeit bewiesen und hat damit erreicht, dass jetzt der Druck auf anderen Industriestaaten liegt, vor der Weltklimakonferenz ebenfalls klar zu sagen, was ihr Beitrag sein soll. Erst das europäische Handeln ermöglicht es dem neuen amerikanischen Präsidenten Barack Obama, in den USA zu handeln, weil er darauf verweisen kann, dass Europa zum Beispiel bei der Schaffung eines europäischen Handelssystems in Vorleistung getreten ist.

(Beifall bei der SPD)

Die **Europäische Union** hat jetzt klar definiert: Wir werden die **CO₂-Emissionen** bis 2020 gegenüber 1990

um **20 Prozent** senken, unabhängig davon, was andere tun. Handeln die anderen Industriestaaten auch, wird Europa die Emissionen um 30 Prozent senken. Ich erwarte allerdings von der Europäischen Union, dass sie in 2009 neben der jetzt beschlossenen Strategie zur 20-prozentigen Minderung auch sagt, wie sie diese 30 Prozent erreichen will, um damit in Kopenhagen eine noch bessere Ausgangsposition zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir in **Deutschland** sind ein Stückchen weitergegangen. Wir haben eine **40-prozentige Reduktion** bis 2020 zugesagt. Wir haben dafür bereits über 30 Gesetze und Verordnungen in Kraft gesetzt und die Förderung in vielen Bereichen vervielfacht. Wir haben diese 40 Prozent noch nicht voll abgedeckt, aber einen großen Teil. Ein weiteres Beispiel: Die SPD-Fraktion hat in der letzten Woche einen Antrag zum Klimaschutz in der Landwirtschaft beschlossen, wodurch eine weitere Einsparung von 50 bis 60 Millionen Tonnen CO₂ ermöglicht wird und damit die 40 Prozent weiter abgedeckt werden.

(Beifall bei der SPD)

Ganz wichtig: Deutschland wird die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent senken. Wenn die Amerikaner dem Ziel von Obama folgen, würde dies die Emissionen weltweit stabilisieren. Wir sollten uns in Europa also nicht unnötig kleinreden. International wird unsere Führungsrolle im Klimaschutz nach wie vor anerkannt.

(Beifall bei der SPD)

Wir streiten natürlich über einzelne Instrumente; das macht auch Sinn. Aber eine Sache muss von allen anerkannt werden – ich erwarte dies auch von der Opposition –: Europa hat sich eine feste Obergrenze für die CO₂-Emissionen aus Energieversorgung und Industrieproduktion gesetzt.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Aber die Instrumente nicht!)

Sie darf nicht überschritten werden, egal ob die CO₂-Zertifikate gratis oder per Auktionierung zugeteilt werden. Es ist eine feste Obergrenze festgelegt worden.

(Beifall bei der SPD)

Neben dieser festen Obergrenze wird selbst in den Bereichen, in denen es eine Gratiszuteilung der CO₂-Zertifikate gibt, mit der Orientierung an der bestverfügbaren Technologie – sprich: wer eine veraltete Anlage hat, muss zukaufen; wer besonders modern ist, muss nicht zukaufen – ein Anreiz gesetzt. Dieser Anreiz ist nicht nur für den Klimaschutz gut, sondern auch für die Effizienz der entsprechenden Branchen und damit für die Wettbewerbsfähigkeit. Wir setzen es als ein Innovationsförderinstrument ein. Klimaschutz und Wachstum liegen in einer Hand.

(Beifall bei der SPD)

Dazu passt natürlich, dass wir gesagt haben: Es bringt weder dem Klimaschutz noch den Arbeitsplätzen etwas, wenn wir denjenigen Branchen, die in einem starken **internationalen Wettbewerb** stehen, zumuten, dass sich

Ulrich Kelber

- (A) ihre Kosten durch den Kauf von CO₂-Zertifikaten erhöhen, und die Produktion dann an anderer Stelle stattfindet. Dass wir diesen Weg gegangen sind, war richtig. Dies war die Position der Großen Koalition. Dies war die Position der SPD von Anfang an. Ich hätte mir trotzdem gewünscht, dass einige in Deutschland nicht zu sehr auf die Lobbyisten gehört hätten; denn einige wenige Ausnahmen hätten gut funktioniert und hätten dieses Instrument noch handlungsfähiger gemacht.

Aber der Dreh- und Angelpunkt der Ergebnisse des europäischen Gipfels ist die Entscheidung, dass die **Zertifikate** für die Stromerzeugung zu **100 Prozent** in Gesamtwesteuropa und bis 2020 aufwachsend dann auch in Osteuropa auktioniert werden. Diese Entscheidung schafft die große Möglichkeit, dass der bisher nur regional, nur in Teilen Nordamerikas stattfindende Emissionshandel auf die gesamten Vereinigten Staaten ausgedehnt wird. Allein dieses Ziel war es wert, so zu verhandeln. Damit kann die Energiewende konsequent fortgesetzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Man muss offen über Geld sprechen. Die Versteigerung der Emissionszertifikate liefert uns das Geld, das wir brauchen, um die dringend notwendigen internationalen Projekte, die wir zugesagt haben, durchführen zu können. Das ist erstens wichtig, um die Schwellen- und Entwicklungsländer in den Klimaschutzprozess einzubinden. Das ist eine Frage der Solidarität; denn in dieser Welt leiden bereits heute Menschen unter dem Klimawandel, zum Beispiel in Afrika und Teilen Asiens, die selbst überhaupt keinen Beitrag dazu geleistet haben, dass es zu einer Temperaturveränderung der Atmosphäre gekommen ist. Deswegen ist es unsere Pflicht, diesen Menschen bei der Anpassung zu helfen und ihnen die Technologien zu liefern, die sie benötigen, um selber eine saubere Entwicklung zu durchlaufen.

- (B) Die Versteigerung liefert uns zweitens Geld, das wir brauchen, um die nationalen Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien verstärkt fortzusetzen. Seit zehn Jahren investieren wir in diesen Bereich. Das ist wichtig für die Volkswirtschaft. Dadurch wird Deutschland fit. So können neue Technologien entwickelt und die Energiekosten gesenkt werden.

Man muss aber auch darüber sprechen, dass es Emissionszertifikate bereits seit 2005 gibt. Sie werden von Kundinnen und Kunden der Energieversorger bezahlt. Bisher sind die Gewinne aber bei den großen Energiekonzernen wie Eon und RWE geblieben. Damit ist mit dem neuen Handel jetzt Schluss. Das Geld gehört den Menschen, den Kundinnen und Kunden und nicht den Besitzern einzelner Unternehmen. Deswegen war diese Entscheidung wichtig, und allein deswegen war der Klimagipfel in Brüssel ein Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Um über die Rolle Deutschlands zu sprechen: Am Ende war es die klare Haltung Deutschlands, die diese Entscheidung möglich gemacht hat. Deswegen möchte

- ich mich bei der Bundeskanzlerin, beim Bundesaußenminister und beim Bundesumweltminister dafür bedanken, dass sie die Position „100 Prozent Versteigerung“ durchgehalten haben. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Frau Bundeskanzlerin, Sie wissen aber, dass am Ende nur die SPD Ihre Position in dieser Frage unterstützt hat,

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

nicht Ihre eigene Partei. Weil ich wusste, dass es an dieser Stelle Lachen geben würde, habe ich mir die Zitate und die Zeitpunkte herausgeschrieben. Wir haben am 28. Mai im Deutschen Bundestag gemeinsam, SPD und CDU/CSU, 100-Prozent-Auktionierung beschlossen. Danach waren es Herr Glos, Herr Kauder, Herr Ramsauer, Herr Wulff, Herr Rüttgers und Herr Seehofer, die gefordert haben, von dieser 100-Prozent-Auktionierung abzuweichen.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Aha!)

Ich hatte gehofft, dass wenigstens die Umweltpolitiker der CDU/CSU in der Debatte bei der 100-Prozent-Auktionierung bleiben. Nein, auch die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Frau Reiche, zuständig für Umwelt, hat sich dafür ausgesprochen, die 100-Prozent-Auktionierung aufzugeben.

(Willy Wimmer [Neuss] [CDU/CSU]: Wir denken an die Arbeitsplätze!)

- Gott sei Dank hat der Druck von Nichtregierungsorganisationen und Medien geholfen, dass sich diese Neupositionierung nicht durchgesetzt hat, sondern die 100-Prozent-Auktionierung gekommen ist. (D)

(Beifall bei der SPD)

Europa hat gehandelt, als viele das der EU nicht mehr zugetraut haben. Europa hat gehandelt, als die Lobbyisten, die sich schon immer gegen Klimaschutzmaßnahmen ausgesprochen haben, die Finanzkrise als Ausrede missbrauchen wollten. Wir haben gehandelt, als es notwendig war, auf andere Druck auszuüben. Jetzt stellen wir fest, dass Investitionen in Klimaschutz eine doppelt so hohe Rendite erzielen. Sie bieten eine sichere Zukunft und ermöglichen eine schnellere Überwindung der Wirtschaftskrise. Zu diesem Weg gibt es keine Alternative. Es ist gut, dass wir ihn gegangen sind und weiter gehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Rainer Steenblock, Bündnis 90/Die Grünen.

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Kelber, so sehr ich Sie als Kollegen, der sich sehr für Umweltpolitik engagiert, schätze, muss ich doch sagen: Die Rede, die Sie heute zur Bewertung des

Rainer Steenblock

- (A) Vertrages von Lissabon gehalten haben, ist nicht gerade Ihre stärkste Rede in diesem Zusammenhang gewesen. Sie wissen sehr genau, dass das Backing, die Beschlüsse, die Sie hier mitvertreten haben, alles andere als richtungsweisend sind. Die Bundesregierung – wir wollen ihre Rolle gar nicht kleinreden – hat eine große Rolle bei diesem Gipfel gespielt, allerdings als großer Bremsen und Verhinderer einer zukunftsweisenden Energiepolitik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ulrich Kelber [SPD]: Das wird durch Wiederholung nicht richtiger!)

Sie haben ja die Rolle der CDU/CSU richtig beschrieben. Aber man muss sehr deutlich sagen: Wir haben hier im Bundestag eine hundertprozentige Auktionierung beschlossen. Diesen Beschluss hat die Bundesregierung beim Gipfel nicht vertreten. Diese Vereinbarung ist gebrochen worden.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Man hat sich auch nicht an die Regeln gehalten, die wir in der Zusammenarbeitserklärung festgelegt haben. Für den Fall, dass der Bundestag etwas beschließt und die Bundesregierung sich nicht daran halten kann, haben wir ein Verfahren beschlossen. Auch dieses ist an dieser Stelle nicht eingehalten worden. Deshalb sage ich sehr deutlich: Hier ist die Bundesregierung dem Parlament mit dem, was sie ausgehandelt hat, in den Rücken gefallen.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ulrich Kelber [SPD]: Nennen Sie einmal ein Argument!)

Wenn ich das betrachte, was in Brüssel in der Sache und mit welcher Philosophie verhandelt worden ist und was in der Debatte hier in den letzten Wochen gesagt worden ist, in der es um das Verhältnis von ökonomischer und ökologischer Entwicklung und die Bedeutung von Umwelt- und Klimaschutz für die Politik einer Regierung ging, komme ich zu dem Ergebnis, dass wir leider wieder da sind, wo wir schon in den 90er-Jahren waren. Der Trend, der hier in der Argumentation aufgebaut wird, ist genau der gleiche, den wir mit der rot-grünen Bundesregierung glücklicherweise erfolgreich bekämpft haben. Wir haben deutlich gemacht: **Umweltschutz** und **wirtschaftliche Entwicklung** sind keine Gegensätze. Eine vernünftige nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung braucht gerade in der Energiepolitik vernünftige ökologische Rahmenbedingungen.

Sie bauen durch das, was in Brüssel gerade unter Mitwirkung der deutschen Bundesregierung massiv vorangetrieben worden ist, eine Rückwärtsentwicklung in der Umwelt- und Klimapolitik, in der Automobilindustrie und in der Energiepolitik auf. Denn wenn wir nach vorne kommen wollen, brauchen wir vernünftige ökologische Rahmenbedingungen. Das, was Sie machen, ist genau das Gegenteil dessen. Sie wollen dafür sorgen, dass die deutsche Zementindustrie zukünftig nicht mit Zement aus Russland unsere Autobahnen beschicken soll. So ein Quatsch.

- (C) Was Sie sich dort als ökologische Rahmenbedingungen zusammengebastelt haben, macht uns leider nicht wettbewerbsfähig. Ökologie hat dafür gesorgt, dass wir in Deutschland als Modell für Europa und für die Welt Hunderttausende von Arbeitsplätzen in nachhaltiger Energiewirtschaft geschaffen haben. Umweltpolitik beinhaltet eine technologische Entwicklung; hier sind wir als Exportnation Weltmeister. Sie bauen hier wieder Gegensätze auf und behaupten, dass die wirtschaftliche Entwicklung durch Umweltschutz und durch anspruchsvolle Klimapolitik reduziert wird. Das ist auch im Interesse des Arbeitsplatzstandortes Deutschland der völlig falsche Weg.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich würde es jetzt gern dabei belassen, weil ich noch ein bisschen zu den anderen Ergebnissen des Gipfels sagen möchte.

Ich glaube, Folgendes bei der Klimapolitik ist richtig – da unterstütze ich den Außenminister, dem ich dies noch einmal sagen will –: Es ist keine Technologiepolitik, wenn man versucht, **Kohlekraftwerke** zu subventionieren, die einen Wirkungsgrad von maximal 44 Prozent haben, und dann sagt, das sei fortschrittliche Technologiepolitik, die man mit Klimazertifikatehandel noch unterstützen will. So ein Unfug. Wir müssen in eine andere Richtung gehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (D) Herr Außenminister, das, was Sie zur **Handlungsfähigkeit der Europäischen Union** gesagt haben, ist wichtig und richtig. Da haben Sie unsere volle Unterstützung. In Irland über ein neues Referendum auf den Weg zu kommen und unter der tschechischen Präsidentschaft bei dem Vertrag, den wir alle wollen – Sie und die Bundesregierung haben sich dafür eingesetzt; Sie haben da unsere Unterstützung –, einige Schritte voranzukommen, halte ich für sehr wichtig. Ich glaube, dass die tschechische Präsidentschaft, vor der wir jetzt stehen, unsere ganze Unterstützung braucht. Denn dieses mitteleuropäische Land – es ist das zweite mitteleuropäische Land nach Slowenien, das diese Präsidentschaft neu übernimmt – kann all die Fragen, die neben der Klima- und Umweltpolitik anstehen, also Sicherheit, Verhandlungen mit Russland, Partnerschafts- und Kooperationsabkommen und Schwerpunkt Israel, –

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Steenblock.

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

– den sich die tschechische Präsidentschaft vorgenommen hat, nicht allein bewältigen. An all diesen Stellen, glaube ich, kommen wir gut nach vorne, wenn die Bundesregierung und das Parlament diese Ratspräsidentschaft unterstützen. Denn sie steht vor wichtigen Aufgaben.

Das Wichtigste ist, dass wir vorbereiten, dass der Vertrag von Lissabon, der uns eine handlungsfähige und demokratische Europäische Union beschert, durchgesetzt

Rainer Steenblock

- (A) wird. Deshalb, glaube ich, sollten wir für die Zukunft, für das nächste Jahr darauf unseren Schwerpunkt legen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Kollegin Marie-Luise Dött ist die nächste Rednerin für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Marie-Luise Dött (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Europa bleibt mit seinen Beschlüssen zur Reduktion von Treibhausgasen internationaler Vorreiter beim Klimaschutz. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben das Ziel, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 20 Prozent zu reduzieren, bestätigt und ein Maßnahmenpaket beschlossen, das den Führungsanspruch für alle sichtbar und sehr konkret unterlegt. Es ist ein wesentliches Signal für die Kioto-Nachfolgekonzferenz 2009 in Kopenhagen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, auch wenn Sie nicht müde werden, das Erreichte in Ihren ständigen Wiederholungen zu zerreden, sage ich: Wir befinden uns weder in Deutschland noch in Europa in der klimapolitischen Sackgasse, sondern auf der Überholspur,

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) und hinter uns ist meilenweit niemand zu sehen. Das sollten Sie, vor allen Dingen Sie, Herr Steenblock, zur Kenntnis nehmen und auch einmal so sagen. Das gehört für mich zur redlichen und verantwortungsvollen parlamentarischen Arbeit.

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach was! Sie sitzen doch im Bremserhäuschen! Das ist leider das Problem!)

Wir jedenfalls sind stolz, dass wir mit unserer Klimapolitik auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht nachlassen. Das, meine Damen und Herren, ist gerade unserer Bundeskanzlerin zu verdanken.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie hat in Brüssel ein Klimapakete verhandelt, mit dem klimapolitisch Kurs gehalten wird und das auch wirtschaftliche und soziale Fragen berücksichtigt.

Es ging in Brüssel um mehr als um die Minderung von Treibhausgasemissionen. Es ging dieses Mal um die Fortsetzung unserer **gemeinsamen Klimapolitik** in einer schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Gesamtsituation. Es ging darum, den Beweis anzutreten, dass der Klimaschutz nicht zu einer Schönwetterpolitik verkommt.

In diesem Zusammenhang finde ich es sehr eigenartig, dass sich gerade der ehemalige Bundesumweltminister Trittin – ich sehe ihn jetzt leider nicht mehr – bemüht fühlte, die Ergebnisse zum Emissionshandel dahin gehend zu kommentieren, 80 Prozent der deut-

- (C) schen Industrie seien von Klimaschutzauflagen befreit, da sie ihre Zertifikate kostenlos erhielten. Das ist doch Blödsinn.

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Da hat er schon recht!)

An der **Minderungs Vorgabe** von jährlich 1,74 Prozent wurde nicht gerüttelt. Wir haben allerdings dafür gesorgt, dass die betreffenden Unternehmen, die in einem zunehmend schwierigen internationalen Wettbewerb und noch dazu in einem zunehmend problematischen konjunkturellen Umfeld agieren, nicht mit zusätzlichen Kosten in Millionenhöhe belastet werden.

(Beifall bei der CDU/CSU – Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sind doch alles Argumente der Vergangenheit!)

Wir haben dafür gesorgt, dass keine **Standortverlagerungen** einschließlich Arbeitsplatzverlagerungen dorthin erfolgen, wo es überhaupt keinen Klimaschutz gibt.

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielleicht ist das ja auch ein Standortvorteil!)

Wenn Sie an der Ausnahme für energieintensive Branchen im Hinblick auf die **Auktionierung** etwas kritisieren können, dann höchstens, dass der Staat auf Einnahmen aus dem Emissionshandel verzichtet. Es ist aber wirtschaftspolitisch nicht vertretbar, dass wir vormittags über konjunkturelle Maßnahmen zur Unterstützung dieser Unternehmen diskutieren, um am Nachmittag für die gleichen Unternehmen zusätzliche Kosten in Millionenhöhe zu generieren.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, insbesondere die Angriffe auf das EU-Klimapakete aus dem Lager der Grünen zeigen, dass es Ihnen noch immer nicht gelingt, die klaffende Lücke zwischen ideologischem Anspruchsdenken und tatsächlich Machbarem zu überbrücken.

Erstens. Fakt ist: Es gab einmal ein nationales Klimaschutzziel, die CO₂-Emissionen um 25 Prozent bis 2005 zu reduzieren; Herr Steenblock, Sie erinnern sich.

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! Das haben wir auch unterstützt!)

Dieses Ziel wurde von den Grünen zunächst als zu wenig ambitioniert kritisiert und anschließend vom grünen Bundesumweltminister Trittin wegen Unerreichbarkeit klammheimlich unter den Tisch fallen gelassen.

(Zurufe von der CDU/CSU: Aha! Das ist ja interessant! – Hört! Hört!)

Zweitens. Fakt ist: Trotz miserabler Konjunktur ist es in den sieben Jahren grüner Politik nicht gelungen, die CO₂-Emissionen in Deutschland nennenswert zu senken oder zu stabilisieren.

Drittens. Fakt ist: Deutschland wurde unter Helmut Kohl zum Motor des weltweiten Klimaschutzes. Nicht

Marie-Luise Dött

- (A) zuletzt das große Engagement von Klaus Töpfer führte dazu, dass im Jahre 1992 über 150 Staaten die **Klimarahmenkonvention** von Rio unterzeichneten. Deutschland war auch auf der **dritten Vertragsstaatenkonferenz** 1997 in Kioto die treibende Kraft. Nicht zuletzt dank des Verhandlungsgeschicks von Angela Merkel einigte sich die Staatengemeinschaft auf das verbindliche Kioto-Protokoll. Dieses Engagement und dieses Verhandlungsgeschick wurden von Deutschland unter Bundesumweltminister Trittin nicht fortgeführt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Ich finde, es ist ein bisschen früh für Dauerwahlkampf bei CDU und CSU! Es wäre gut, wenn wir über das Thema sprechen würden!)

Die Vorreiterrolle bei der Überzeugungsarbeit ist verspielt worden. Lange sechs Jahre wurde es versäumt, Russland nachhaltig zu einer raschen Ratifizierung des Kioto-Protokolls zu drängen. Es bedurfte des Engagements der ehemaligen Bundesumweltministerin Angela Merkel, unserer Bundeskanzlerin, um auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene der Klimapolitik wieder einen zukunftsweisenden Schub zu verschaffen.

(Michael Stübgen [CDU/CSU]: So ist es!)

Klimapolitik ist nicht konjunkturabhängig, aber bei klimapolitischen Maßnahmen müssen auch wirtschaftliche und soziale Fragen berücksichtigt werden. Sie machen Klimaschutz, wir machen einen wirtschaftlich und sozial kompetenten Klimaschutz. Das ist der Unterschied zwischen Ihren und unseren Ansätzen. Das verstehen zunehmend auch die Bürger.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU – Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, wir machen damit auch Wirtschaftspolitik! Bei uns ist die Klimapolitik auch ein Standortfaktor! Klimaschutz sichert auch Arbeitsplätze!)

Meine Damen und Herren, die **Stromerzeuger** müssen die **Zertifikate** ab 2013 vollständig ersteigern. Das ist eine sehr anspruchsvolle Vorgabe mit erheblichen Auswirkungen auf die Stromerzeugung in Deutschland, weil wir bei uns einen relativ hohen Anteil an Kohleverstromung haben. Wir müssen hier sehr genau beobachten, wie sich die Strompreise und die Erzeugungskapazitäten bei uns künftig entwickeln.

Deutschland liegt zwischen Frankreich, das einen hohen Anteil an Strom aus Kernenergie hat, und Polen, das zukünftig Standortvorteile wegen des beschlossenen Phasing-in für neue Kraftwerke haben wird.

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da exportieren wir unseren Strom hin!)

Der Emissionshandel darf nicht dazu führen, dass wir unseren Strom künftig aus Frankreich oder Polen importieren und unsere eigene energetische Basis veraltet sowie Kapazitäten in nennenswertem Umfang abwandern. Wir müssen auch in Zukunft Energieproduzent sein.

- (C) (Beifall bei der CDU/CSU – Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir exportieren dahin! Sie haben keine Ahnung von der Wirklichkeit! So ein Quatsch!)

Die Möglichkeit, dass in den Jahren 2013 bis 2015 für neue Kraftwerke Zuschüsse von bis zu 15 Prozent gezahlt werden dürfen, muss unbedingt genutzt werden. Das ist innovationspolitisch nur ein kleines Zeitfenster.

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Investitionen in eine Dinosaurier-technologie!)

Ich appelliere deshalb an die Stromerzeuger, entsprechende Investitionen vorzubereiten.

In Brüssel ist ein klimapolitisch effektives, wirtschaftspolitisch verantwortliches und europäisch faires Maßnahmenpaket beschlossen worden. Mit der Bereitstellung von finanziellen Mitteln für CCS und erneuerbare Energien haben wir zudem eine gut ausgestattete Innovationskomponente im Paket. JI- und CDM-Projekte möchte ich nicht mehr ansprechen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD])

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Michael Roth, SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(D)

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der EU verhält es sich so wie mit unseren Kirchen: Zu Weihnachten und in der Krisenzeit sind sie gefragt. Es ist gut, dass die EU unter Beweis gestellt hat, dass sie in Krisenzeiten funktioniert. Man mag es kaum glauben: Länder pochen an die Tür der EU, von denen man es vor wenigen Monaten und Jahren noch nicht erwartet hätte, Island beispielsweise.

Wir spannen Schutzschirme und schnüren Konjunkturprogramme bzw. -pakete. Noch wichtiger wäre es aber, wenn wir die EU in die Lage versetzen würden, präventiv auf mögliche Krisen zu reagieren bzw. in noch stärkerem Maße dazu beizutragen, dass Krisen erst gar nicht entstehen.

(Beifall bei der SPD)

Hierfür brauchen wir entsprechende vertragliche Grundlagen; sie sind zwingend. Wir brauchen handlungsfähige Institutionen, sinnvolle Instrumente und klare Zuständigkeiten.

Deswegen ist es gut, dass der Gipfel dem **Vertrag von Lissabon** abermals eine neue Chance eröffnet hat. Es ist eine Brücke nach **Dublin** gebaut worden. Ob diese Brücke tragfähig ist, wird die Zukunft zeigen; denn – auch das muss man unter Partnern offen ansprechen – es geht hier nicht um eine Einbahnstraße nach Irland, sondern wir brauchen eine Zweibahnstraße.

Michael Roth (Heringen)

- (A) Die Europäische Union hat jetzt entsprechende Beiträge geleistet. Sie hat Zusicherungen erteilt. Ich erwarte von den Iren aber auch mehr Mut, gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern deutlich zu machen, was es heißt, wenn der Vertrag von Lissabon nicht in Kraft tritt. Auch seitens der irischen Regierung muss deutlich werden: Es geht eben nicht mehr alleine darum, ob ein neuer Vertrag in Kraft tritt, sondern auch darum, ob Irland unter den obwaltenden Bedingungen überhaupt noch Mitglied der Europäischen Union sein möchte. Das sind klare Worte, die in schwierigen Zeiten auch einmal auf den Tisch gehören. Die EU hat gezeigt, dass sie dazu in der Lage ist. Jetzt brauchen wir einen eindeutigen Beitrag von Irland.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Staats- und Regierungschefs haben sich auf Erklärungen verständigt, um den Iren dabei zu helfen, ein weiteres Referendum erfolgreich durchzuführen. Ich will aber deutlich sagen, dass dies nicht zu Konsequenzen führen kann, die das gesamte Gemeinschaftsprojekt infrage stellen: Stichwort „**Steuerpolitik**“. Eine steuerpolitische Erklärung kann kein Harmonisierungsverbot bedeuten. Sie kann keine Absage an eine engere Zusammenarbeit in Fragen der Steuer- und Finanzpolitik bedeuten. Wir müssen die Steueroasen in der Europäischen Union endlich austrocknen. Wir müssen den Kampf gegen unsolidarisches Steuerdumping endlich aufnehmen. Deswegen brauchen wir perspektivisch auch in der Steuerpolitik eine engere und vertrauensvollere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Das darf durch eine neue Erklärung nicht verhindert werden.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dies gilt genauso für die **Sicherheitspolitik**. Wenn beispielsweise die Vereinigten Staaten jetzt der Europäischen Union die Hand zur kooperativen Zusammenarbeit reichen, dann müssen wir diese Hand ergreifen. Das heißt, die Europäische Union darf jetzt nicht abwehren und nicht wieder in nationale Egoismen verfallen. Wir müssen mit einer Stimme sprechen! Auch das darf durch eine Erklärung, in der man noch einmal die sicherheitspolitische Souveränität der Mitgliedstaaten unterstreicht, nicht infrage gestellt werden.

Wir müssen europäische Beiträge für mehr zivile Konfliktprävention, für mehr Abrüstung und für die Verhinderung von Konflikten weltweit leisten. Wir müssen die Entwicklungszusammenarbeit pflegen und noch weiter ausbauen. Dies darf nicht infrage gestellt werden. Dieses Signal darf von keinem europäischen Gipfel ausgehen. Das müssen wir den Partnern in Irland und anderswo deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Die Zusammensetzung der **Europäischen Kommission** ist angesprochen worden. Wir alle müssen uns vor Augen halten: Es geht hier nicht darum, den Lissabon-Vertrag nicht in Kraft zu setzen. Es geht hier um „Nizza minus“. In dem Vertrag von Nizza ist schon jetzt vorgesehen, dass in der neuen Kommission die Zahl der Kom-

missarinnen und Kommissare unter der Zahl der Mitgliedstaaten liegt. Wir brauchen weniger Kommissare. (C)

Deswegen mahne ich, dass diejenigen, die dieses Zugeständnis in Richtung Irland auf den Weg gebracht haben, intelligente Lösungen finden, wie die Kommission handlungsfähig bleiben kann. Wir brauchen nämlich starke Gemeinschaftsinstitutionen und nicht mehr Inter-gouvernementalität. Wir brauchen nicht mehr nationales Regierungshandeln. Wir brauchen mehr gemeinsames Regierungshandeln in der Europäischen Union.

Die Kolleginnen und Kollegen, die eben von dem Kommissar für Sprachenvielfalt gesprochen haben, haben recht:

(Beifall der Abg. Mechthild Dyckmans [FDP])

Wir brauchen schon jetzt keinen Kommissar für Sprachenvielfalt. Wir brauchen zukünftig auch keinen Kommissar für die Süßwasserfische und keinen Kommissar für die Meerwasserfische.

(Beifall der Abg. Mechthild Dyckmans [FDP])

Wir brauchen eine starke und handlungsfähige Institution, die sich dem Gemeinwohl in der Europäischen Union verpflichtet fühlt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Iren haben zu Recht deutlich gemacht: Wir brauchen ein soziales Europa. Wir brauchen ein **Europa der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**. Dann müssen aber auch die Iren vor ihrer eigenen Haustüre kehren; denn ein neoliberaler Dinosaurier erster Güte ist der irische Kommissar McCreevy. Er hat sich in den vergangenen Monaten nicht mit Ruhm bekleckert, indem er sich deutlich gegen Mindestlöhne im Postbereich in der Bundesrepublik Deutschland gewandt hat oder indem er einen Kampf gegen das VW-Gesetz führt. Es steht in keinem Vertrag und in keinem europäischen Gesetz, dass es kein VW-Gesetz und keine Mindestlöhne in der Europäischen Union und erst recht nicht in Deutschland geben darf. (D)

Hier muss man handeln und nicht nur darüber reden. Da muss man für entsprechende politische Mehrheiten in der Europäischen Union kämpfen. Bei aller gerechtfertigter oder in Richtung Linkspartei auch ungerechtfertigter Kritik an dem Vertrag von Lissabon: Kein Vertrag allein sichert soziale Rechte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen dafür gesellschaftliche und vor allem politische Mehrheiten. Deswegen wird das Jahr 2009 so spannend für uns. Am 7. Juni besteht eine Chance, deutlich zu machen, dass das soziale Europa – das Europa der Beschäftigten – eine reale Chance hat. Lassen Sie uns gemeinsam dafür arbeiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(A) Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Hans Peter Thul für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Hans Peter Thul (CDU/CSU):

Frau Präsidentin, gestatten Sie mir zunächst einmal, mich sehr herzlich dafür zu bedanken, dass Sie mir heute Morgen gute Wünsche zu meinem 60. Geburtstag ausgesprochen haben. Bei dieser Gelegenheit auch heftigen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, die das in schriftlicher, mündlicher oder SMS-Form und in allen möglichen anderen Darbietungen getan haben.

(Heiterkeit – Michael Roth [Heringen] [SPD]:
Jetzt sparen Sie sich die Post!)

– Sogar durch die Post. Herzlichen Dank!

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Sache selber: Wer heute über die Europäische Union redet, der kommt nicht umhin, trotz der französischen Ratspräsidentschaft in ganz besonderer Weise die Verdienste unserer Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel, zu loben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Mehr noch: So, wie Helmut Kohl den europäischen Einigungsgedanken verkörpert hatte, personifiziert Angela Merkel ein gemeinsam handelndes Europa. Wer wollte bestreiten, dass in dieser Situation gemeinsames Handeln – möglicherweise auch auf gemeinsam vereinbarte Ziele abgestimmt – das Gebot der Stunde ist? Ich möchte das gerne anhand von einigen Punkten diskutieren.

(B)

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das heißt aber nicht, gemeinsam bremsen!)

– Herr Steenblock, Ihnen mag eine gewisse Feindlichkeit in Sachen Industriedarbitung immanent sein, aber sie bringt uns nicht weiter. Auch darauf werde ich noch eingehen.

Es war diese Bundesregierung, die unter Leitung der Kanzlerin die mutigen Meseberger Beschlüsse formuliert und während der eigenen Ratspräsidentschaft im Jahre 2007 bereits als Planziele für den gesamten EU-Raum definiert hat. Die jetzt als Bestandteile des **Energie- und Klimaschutzpaketes** bis 2020 verbindlich und voller Mut beschlossenen Ziele – die Minderung des CO₂-Ausstoßes um 20 Prozent, die Steigerung der Energieeffizienz um 20 Prozent und der Anteil von 20 Prozent der erneuerbaren Energien am gesamten Energieverbrauch – sind unter deutscher Ratspräsidentschaft formuliert worden, und das bereits im März 2007.

Ich verstehe an dieser Stelle die Vorbehalte nicht, die von der linken Ecke dieses Hauses formuliert werden. In dieser Sache voranzugehen, ist allemal besser, als sich davonzustehlen, Herr Lafontaine.

Dass diese Ziele in der vergangenen Woche von niemandem mehr infrage gestellt wurden, ist auf die vielen

intensiven Gespräche zurückzuführen, die wiederum die Bundeskanzlerin mit Sarkozy, dem italienischen und dem polnischen Ministerpräsidenten und vielen anderen Staats- und Regierungschefs geführt hat. Ich bin übrigens fest davon überzeugt, dass fundierter Sachverstand und fundierte Kenntnisse der physikalischen Grundwahrheiten mit dazu beigetragen haben, die anderen EU-Partner zu überzeugen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass diese Fragen eben nicht ideologisch zu lösen sind, sondern sehr viel besser technologisch begründet und pragmatisch angegangen werden können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist für unsere Volkswirtschaft und unseren Produktionsstandort Deutschland von geradezu existenzieller Bedeutung, dass wir auch in Zukunft über eine verlässliche, bezahlbare und gleichermaßen umwelt- und ressourcenschonende **Energieversorgung** verfügen. All den kritischen Stimmen, die jetzt lauthals ein Einknicken der Klimakanzlerin vor der Industrielobby beklagen, möchte ich mit einem Zitat begegnen. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

Wenn Herr Töpfer, Herr Schellnhuber, die Umweltverbände diese Ausnahmen in der Industrie kritisieren, dann muss ich ganz offen sagen, dann dürfen wir diesen Vorschlägen dieser Leute nicht folgen, weil es im Zweifel für den Klimaschutz nichts bringt, aber wir hier in eine Situation geraten, wo wir die Unterstützung verlieren. Wir können nicht so tun, als ob die Menschen in der Stahlindustrie oder in der Autoindustrie nicht Angst um ihre Jobs hätten aktuell. Denen dann zu sagen, die gute Idee der Woche ist, wir packen euch noch ein bisschen was oben drauf, wissend, dass in China, Indien, USA, Japan das alles nicht passiert, und dann schauen wir mal, was passiert, das ist ziemlich naiv.

Und deswegen finde ich, dass gestern die Staats- und Regierungschefs etwas beschlossen haben, was wirklich verantwortungsbewusst in jede Richtung ist.

Dieses zugegebenermaßen etwas holprige wörtliche Zitat stammt von unserem Umweltminister, so von ihm im Deutschlandfunk am 13. Dezember dieses Jahres gesagt. Selten genug, aber an dieser Stelle teile ich die späte Einsicht des Umweltministers voll und ganz. An den EU-Klimazielen, den besten der Welt, ist nicht gerüttelt worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, solange es kein internationales Klimaabkommen gibt, wäre es grob fahrlässig und klimapolitisch kontraproduktiv, das europäische produzierende Gewerbe einseitig zu belasten. Carbon Leakage bedeutet in diesem Zusammenhang doch nichts anderes als die Verlagerung von Arbeitsplätzen, Wertschöpfung und schädlichen Emissionen ins außereuropäische Ausland, und zwar für immer; da mache ich mir keine Illusionen.

(C)**(D)**

Hans Peter Thul

- (A) Deutschland hat die Zielvorgaben des **Kioto-Protokolls** schon heute mehr als erfüllt. Dort, wo wir schon vor Verabschiedung eines international gültigen Nachfolgeprotokolls handeln können, tun wir es: Die beschlossene Auktionierung von Verschmutzungsrechten im stromproduzierenden Sektor trifft besonders Deutschland sehr hart, weil wir bei über 50 Prozent unserer Stromproduktion Braun- und Steinkohle einsetzen. Dennoch halte ich vor dem Hintergrund der klimapolitischen Herausforderungen die getroffene Vereinbarung für mehr als richtig.

Die Erlöse aus dem Zertifikatehandel werden uns ab 2013 die Möglichkeit geben, die dringend notwendigen Investitionen in neue Kraftwerke mit bis zu 15 Prozent der Investitionssumme zu unterstützen. Ich bin allerdings auch der Meinung, dass wir einen größeren Teil dieser Erlöse in die Erforschung moderner und möglichst verlustarmer Speichertechnologien stecken sollten. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass wir in unserem Lande mehr erneuerbare Energien einsetzen können und so in 2020 den Anteil von 35 Prozent an erneuerbarer Energie im Stromsektor erreichen werden.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einige wenige Worte zur aktuellen **konjunkturellen Entwicklung** sagen: Deutschland muss sich mit seiner bisherigen Antwort auf die Finanzkrise und die wirtschaftlichen Abschwünge nicht verstecken. Ich gebe all denen recht, die sagen, dass wir zurzeit alles daransetzen sollten, auf Sicht zu fahren; denn das ermöglicht uns, auf die jeweiligen Veränderungen flink zu reagieren. Wir sind bestens aufgestellt, was den Arbeitsmarkt und die Beschäftigungslage anbelangt. Es ist nicht auszudenken, was passiert wäre, wenn die Finanzblase im Jahre 2005 geplatzt wäre.

- (B) Wenn wir in den nächsten Wochen und Monaten zusätzliches Geld in die Hand nehmen, dann nur, wenn sich zu dem kurzfristigen Konjunktur- und Beschäftigungsimpuls ein nachhaltiger Wertzuwachs gesellt, zum Beispiel bei der energetischen Sanierung von Schulen und öffentlichen Gebäuden. Dies hilft sowohl dem Handwerk – in der Regel dem örtlichen Handwerk – als auch der Umwelt.

Wenn wir in den nächsten Wochen und Monaten zusätzliches Geld in die Hand nehmen, dann nur, wenn sich zu dem kurzfristigen Konjunktur- und Beschäftigungsimpuls ein nachhaltiger Wertzuwachs gesellt, zum Beispiel bei der energetischen Sanierung von Schulen und öffentlichen Gebäuden. Dies hilft sowohl dem Handwerk – in der Regel dem örtlichen Handwerk – als auch der Umwelt.

Deutschland und die Europäische Union gehen gut aufgestellt in das kommende Jahr. Unser Dank sollte daher Angela Merkel, unserem Außenminister und natürlich auch dem französischen Präsidenten Sarkozy gelten.

Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und schöne Feiertage!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Gert Weisskirchen für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):

(C)

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Was ist die eigentlich große Herausforderung, vor der die Europäische Union steht? Im Grunde genommen dreht es sich darum, drei Ziele aufeinander zu beziehen und, wenn es geht, diese drei Ziele gleichzeitig zu verfolgen.

Das erste zentrale Ziel ist, die industrielle Basis innerhalb der Europäischen Union so zu verändern, dass die **Energieeffizienz** erhöht wird und wir am Ende von den bisherigen Kohlendioxidemissionen Schritt für Schritt wegkommen. Wenn wir uns dieses Ziel vor Augen führen und es da-raufhin prüfen, was der Europäische Rat erreicht hat, dann finde ich, dass wir einen Durchbruch erzielt haben, sicherlich nicht so, wie wir das am 28. Mai im Bundestag beschlossen haben, lieber Kollege Steenblock; das stimmt. Aber wir müssen sehen, dass wir hier einen ganz zentralen, strukturellen Fortschritt erreicht, eine fundamentale Reform durchgeführt haben. Allein die Tatsache, dass der Europäische Rat das beschlossen hat, ist wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ein zweiter Punkt ist – das ist mindestens genauso wichtig –, dass der Europäische Rat der Gefahr, dass man angesichts der Finanzkrise die **Umweltziele** aus den Augen verliert, in der Tat begegnet ist. Nicht allein die ökonomischen Ziele im Hinblick auf die Bewältigung der Finanzkrise haben sich durchgesetzt. Vielmehr wurden diese Ziele mit den ökologischen Zielen in Zusammenhang gesetzt, nicht zuletzt in der Absicht, Arbeitsplätze zu sichern. Lieber Kollege Steenblock und Oskar Lafontaine, wenn man das, was der Europäische Rat beschlossen hat, fair beurteilt, wird man zu dem Ergebnis kommen, dass das ein wesentlicher Schritt ist. Wir werden 2009 in Kopenhagen deutlich machen: Die Europäische Union will an den Zielen des Kioto-Protokolls festhalten und wird dafür sorgen, dass konkrete Beschlüsse gefasst und diese Ziele real erreicht werden. Das ist das Signal, das die Europäische Union in ihrer globalen Verantwortung aussendet. Ich finde, dass das ein gutes, nach vorne weisendes Signal ist.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Ziele sind richtig, aber die Instrumente sind demoliert worden!)

– Natürlich muss man auch über die Instrumente debattieren.

Eines der zentralen Instrumente wurde bereits installiert; der Kollege Kelber hat bereits darauf hingewiesen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Feste Obergrenzen!)

Der Emissionshandel wird so unverrückbar durchgesetzt, dass später das richtige Instrument eingesetzt werden kann, um die historische Chance zu nutzen. Daran müssen wir uns alle messen lassen. Die Europäische Union muss beweisen, dass sie an diesem Instrument nicht nur festhält, sondern es auch über das Kioto-Proto-

Gert Weisskirchen (Wiesloch)

- (A) koll global durchsetzt, um die weitere Entwicklung positiv zu beeinflussen.

Wenn das gelingt, dann kann die Europäische Union – ich hoffe, dass mich Karl Schlögel für die Verwendung seines Begriffs nicht kritisieren wird – zu einem **Laboratorium der Moderne** werden. Sie kann dann die industrielle Basis revolutionieren und dafür sorgen, dass Energieeffizienz die höchste Priorität hat und ein fester Bestandteil unseres Modernisierungsbegriffs wird. Das wäre ein gewaltiger Fortschritt, übrigens einer, für den Erhard Eppler seit Jahrzehnten kämpft. Wenn das jetzt durchgesetzt werden könnte, wäre das historisch gesehen ein qualitativer Fortschritt. Ich bedanke mich bei der Bundeskanzlerin und beim Bundesaußenminister dafür, dass dieser Durchbruch nun in der Europäischen Union gelungen ist.

Das Europaparlament hat im Übrigen die entsprechenden legislativen Akte durch seine Beschlüsse umgesetzt, und zwar mit großer, überwältigender Mehrheit. Ich weiß nicht, ob sich Herr Cohn-Bendit daran beteiligt hat. Ich wünsche mir aber, dass diejenigen, die seit Jahrzehnten in der Europäischen Union im Hinblick auf eine Verbindung von ökologischer und sozialer Reform und damit im Hinblick auf eine Veränderung der industriellen Basis zusammengearbeitet haben, diesen Fortschritt ernst nehmen, ihm zum Durchbruch verhelfen und 2009 dafür sorgen, dass das global realisiert werden kann.

Herzlichen Dank, Herr Außenminister.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/11404. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer ist dagegen? – Enthaltung? – Der Entschließungsantrag ist damit abgelehnt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und den Stimmen der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktion – –

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gegenstimmen!)

– Frau Kollegin Schewe-Gerigk, dann würde ich die Abstimmung gerne wiederholen; denn das Bild, das die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgegeben hat, war eindeutig das einer Enthaltung.

Dann wiederholen wir die Abstimmung. Wer ist für den Entschließungsantrag? – Wer ist dagegen? – Enthaltung? – Der Entschließungsantrag ist damit mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, den Stimmen der FDP-Fraktion und den Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 32: Dabei geht es um die Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschus-

ses für die Angelegenheiten der Europäischen Union zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Das Ratifizierungsverfahren zum Vertrag von Lissabon aussetzen – Ein Sozialprotokoll vereinbaren“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/10832, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/8879 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer ist dagegen? – Enthaltung? – Die Beschlussempfehlung ist damit mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktion der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke angenommen.

(C)

(D)